


**80. Sitzung, Montag, 13. Dezember 2004, 14.30 Uhr**

 Vorsitz: *Emy Lalli (SP, Zürich)*
**Verhandlungsgegenstände**
**7. Steuergesetz (Änderung; Anpassung an das Behindertengleichstellungsgesetz)**

Antrag der Redaktionskommission vom 22. November

 2004 **4168a**..... *Seite 6130*
**8. Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzierungsplan 2005–2008 (KEF 2005)**

 Festgelegt vom Regierungsrat am 8. September 2004..... *Seite 6131*
**9. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2005**
*(Ausgabenbremse)*

Antrag des Regierungsrates vom 8. September 2004

und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 25.

 November 2004 **4202a** ..... *Seite 6131*
**Verschiedenes**

 – Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... *Seite 6195*

## **7. Steuergesetz (Änderung; Anpassung an das Behindertengleichstellungsgesetz)**

Antrag der Redaktionskommission vom 22. November 2004 **4168a**

*Raphael Golta (SP, Zürich), Präsident der Redaktionskommission:* Die Redaktionskommission hat eine einzige Änderung an der Vorlage 4168 vorgenommen. Paragraf 31 des Steuergesetzes befasst sich mit den einkommensunabhängigen Abzügen. Litera i der Vorlage von Regierungsrat und Kommission besagt, «von den Einkünften werden abgezogen die behinderungsbedingten Kosten des Steuerpflichtigen oder diejenigen der von ihm unterhaltenen Personen mit Behinderungen.» Nähme man dieses «oder» genau, so liessen sich pro Steuerpflichtigen nur die behinderungsbedingten Kosten einer einzelnen Person abziehen; und dies, auch wenn bei mehreren Personen entsprechende Kosten anfallen würden. Die Redaktionskommission geht davon aus, dass ein «und» dem Willen des Gesetzgebers eher entspricht. Deshalb wir es an Stelle des «oder» eingefügt.

Die Redaktionskommission beantragt Ihnen Zustimmung zur Vorlage 4168a.

### *Detailberatung*

#### *Titel und Ingress*

*I.*

*§§ 31 und 32*

*II.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

### *Schlussabstimmung*

**Der Kantonsrat stimmt der Vorlage 4168a mit 120 : 0 Stimmen zu.**

Das Geschäft ist erledigt.

## **8. Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzierungsplan 2005–2008 (KEF 2005)**

Festgelegt vom Regierungsrat am 8. September 2004

## **9. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2005 (*Ausgabenbremse*)**

Antrag des Regierungsrates vom 8. September 2004 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 25. November 2004 **4202a**

*Ratspräsidentin Emy Lalli:* Eintreten auf den Voranschlag ist obligatorisch. Ich schlage Ihnen folgenden Ablauf der Budgetdebatte vor:

Zuerst führen wir gemeinsam die Grundsatzdebatte über Voranschlag und KEF. Nach der Grundsatzdebatte betrachte ich den KEF als vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen und somit als Traktandum erledigt. Dann führen wir die Detailberatung durch. Es folgt die «Elefantenrunde» und schliesslich die Schlussabstimmung. Sie sind mit diesem Ablauf einverstanden.

Zur Detailberatung habe ich noch folgende Hinweise: Den Abschnitt Rechtspflege werden wir zu Beginn der Sitzung vom Dienstag, 14. Dezember 2004, 16.30 Uhr, behandeln. Ich mache Sie noch ausdrücklich auf Artikel 31 Ziffer 6 der Kantonsverfassung aufmerksam. Diese Bestimmung sagt, dass einzelne Voranschlagskredite, welche Mehrausgaben und Saldoverschlechterungen gegenüber dem Entwurf des Regierungsrates zur Folge haben, der Ausgabenbremse unterstellt sind, also mindestens 91 Stimmen auf sich vereinigen müssen.

Zusätzliche Anträge bitte ich Sie auf den Budgetformularen, die vorne auf dem Tisch aufliegen, schriftlich und dreifach beim Ratssekretariat einzureichen. Wir sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie solche Anträge rechtzeitig einreichen und nicht erst, wenn das entsprechende Konto aufgerufen wird.

Zur Klarheit möchte ich noch einen Hinweis auf die Redezeiten machen: In der Eintretensdebatte hat der Kommissionspräsident oder die Kommissionspräsidentin ein Zeitbudget von 20 Minuten. Fraktions-sprecherinnen und -sprecher sowie Minderheitsantragsstellerinnen und -antragssteller haben zehn Minuten und Ratsmitglieder fünf Minuten. In der Detailberatung haben Vertreterinnen und Vertreter von Minderheitsanträgen zehn Minuten, alle anderen fünf Minuten.

*Grundsatzdebatte über den Voranschlag 2005 und den KEF 2005–2008*

*Regierungsrat Christian Huber:* Es ist im Vorfeld dieser Budgetdebatte herbe Kritik am Budgetentwurf 2005 des Regierungsrates geübt worden und eine Mehrheit der Finanzkommission beantragt sogar dessen Ablehnung. Keine Sachkommission beantragt mit einer Kommissionsmehrheit eine Detailänderung am Budget. Mehrheitsanträge zu zwei Globalkrediten stammen aus der Finanzkommission, sie verändern jedoch das Ergebnis der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung gegenüber der Vorlage des Regierungsrates praktisch nicht.

Am 23. August 2004 hat der Kantonsrat dem Regierungsrat ein am 24. Mai 2004 eingereichtes Dringliches Postulat zur Berichterstattung und Antrag überwiesen, das die Begrenzung des Aufwands im Budget 2005 auf höchstens 10,1 Milliarden Franken ohne interne Verrechnungen verlangt. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht vom 24. November 2004 festgehalten, dass er dieses Postulat als Ausdruck der Sorge um den Staatshaushalt versteht und dass er ebenfalls eine Reduktion des Aufwands in diesem Rahmen als Ziel festgelegt hat. Allerdings wird die Aufwandsreduktion um 365 Millionen Franken erst im Jahr 2007 erreicht, und zwar mit dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06. Die Erfahrung zeigt uns, dass ein Budgetentwurf im Budgetprozess weder von den Aufsichts- und Sachkommissionen noch vom Kantonsrat signifikant verändert werden kann. Der Spielraum neben den gesetzlich und vertraglich vorgegebenen Ausgaben ist klein und das Sanierungsprogramm 04 hat ihn noch kleiner gemacht. Damit erhalten der KEF und die dort aufgezeigte Entwicklung eine grössere Bedeutung. Über die ganze KEF-Periode hinweg ist die Finanzentwicklung steuerbarer als in der kurzen Frist eines Budgetjahres. Hier setzt gleich wie das Sanierungsprogramm 04 der Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 an. Der Regierungsrat ist der Überzeugung, der Budgetentwurf 2005 müsse vor dem Hintergrund dieses Massnahmenplans beurteilt werden. Ich will Sie deshalb so detailliert, wie das im gegenwärtigen Stadium überhaupt möglich ist, über diesen Massnahmenplan orientieren, damit Sie die Budgetdebatte «en connaissance de cause» führen können.

Der Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 sieht folgende Schwerpunkte vor: Querschnittmassnahmen, Strukturreformen, Sen-

kung des Personalaufwands durch Lohnrevision, Leistungskürzungen, Überprüfung und Kürzung der geplanten Investitionen und – im Quantitativen weniger bedeutend – kurzfristige Entlastungen 2005.

Die Massnahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 sollen vorwiegend ab 2006 zu Entlastungen führen. 2006 ist eine Aufwandssenkung von 335 Millionen Franken, 2007 von 365 Millionen Franken sowie 2008 eine solche von 475 Millionen Franken gegenüber dem KEF vom 8. September 2004 geplant. Betragsmässig bewegen sich die Entlastungsvorgaben im Rahmen, wie sie vom Postulat zur Begrenzung des Aufwands verlangt worden sind. Die Aufwandssenkung von 365 Millionen Franken, die gemäss dem letztjährigen und jetzt natürlich nicht mehr aktuellen KEF zu einem ausgeglichenen Voranschlag 2005 geführt hätte, wird durch den Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 ab 2006 erreicht. Darüber hinaus sind einnahmenseitige Massnahmen nach Überzeugung des Regierungsrates jedoch unumgänglich; einerseits zur Minderung der negativen Wirkungen von Investitionsverzicht, Leistungsabbau und Leistungskürzungen, andererseits wegen der politischen Akzeptanz. Ab 2006 soll der Steuerfuss von 100 auf 105 Prozent erhöht werden. Damit soll er wieder – nicht aber die Steuerbelastung – das Niveau der Jahre 1999 bis 2002 erreichen. Was die Steuerbelastung betrifft, so ist sie gesenkt worden. Ich erinnere Sie an mehrere Erleichterungen: Erbschafts- und Schenkungssteuern für direkte Nachkommen sind weggefallen, die natürlichen und juristischen Personen sind je mit einer Steuergesetzrevision entlastet worden.

Querschnittmassnahmen in der kantonalen Verwaltung sind ein erster Schwerpunkt des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06. Es geht dabei insbesondere um Kostensenkungen im Beschaffungswesen, bei der Raumnutzung, dem Rechnungswesen und der Informatik.

Zum Beschaffungswesen: Mit der Straffung des Beschaffungsmanagements und der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Beschaffungsprozesses durch eine einheitliche IT-Unterstützung sollen nach 2006 jährlich Einsparungen von 50 Millionen Franken realisiert werden. Bei einem geschätzten Beschaffungsvolumen – das Bauwesen eingeschlossen – von jährlich knapp 2,5 Milliarden Franken sollen die Kosten dadurch um rund 2 Prozent gesenkt werden. Neben den operativen Verbesserungen des Beschaffungsverfahrens sollen Verbesserungen im Commodity Management durch Standardisierung, Volumenbündelung und Lieferantenmanagement die Zielerreichung si-

chern. Die erwartete grosse Kostenreduktion wird wegen des grossen Beschaffungsvolumens des Kantons Zürich und dank der heute gebotenen Informatiktechnik als erreichbar beurteilt; vorausgesetzt sind allerdings eine funktionierende überdirektorale Zusammenarbeit und eine hohe Disziplin der Verwaltung.

Zu den Liegenschaften: Die Raumkosten der gesamten kantonalen Verwaltung sollen ab 2006 jährlich um 10 Millionen Franken gesenkt werden. Diese Einsparungen sollen einerseits durch eine Standortkonzentration und durch eine straffere Raumdisposition erzielt werden. Die angestrebte Verringerung der heute der Verwaltung zur Verfügung stehenden Büroflächen durch die Änderung des Raumstandards macht eine Standortkonzentration möglich. Andererseits führen ein verminderter Flächenbedarf und tieferer Baustandard sowie ein verbessertes Immobilienmanagement zu tieferen Investitionskosten, was die Laufende Rechnung weiter entlastet.

Zum Rechnungswesen: Mit der Reorganisation des gesamten Rechnungswesens sind ab 2006 Einsparungen von jährlich mindestens 4 Millionen Franken möglich. Mit einer konsequenten Prozessreorganisation und der Zusammenfassung aller zentralisierbaren Rechnungswesen-Arbeiten, die unabhängig vom Wissen der einzelnen Amtsstellen geleistet werden können, in einem so genannten Shared Service Center sowie durch die durchgehende Optimierung der IT-Unterstützung, wird eine optimale Abstimmung von Organisation, Prozessen, Informationstechnologieressourcen und Infrastruktur im Rechnungswesen über die Direktionsgrenzen hinweg angestrebt. Das Projekt wird als Teil des Sanierungsprogramms 04 begonnen und verspricht heute deutlich höhere Kostenreduktionen als damals angenommen. Die konzeptionellen Grundlagenarbeiten sind im Rahmen des Grobkonzeptes abgeschlossen. Der Regierungsrat wird anfangs des nächsten Jahres über die Realisierung und das Ausmass der anzustrebenden Optimierung entscheiden.

Zur Informatik: In der Informatik sollen die Kosten ab 2006 jährlich um 18 Millionen Franken reduziert werden durch die Umsetzung der neuen Informatikstrategie, die auf direktionsübergreifende, gemeinsame Informatiklösungen setzt, sowie auf die Zusammenfassung von Rechenzentren. Das finanzielle Entlastungsziel wurde gegenüber dem Sanierungsprogramm 04 erhöht, da die geschaffene neue Organisationsstruktur nach der Überzeugung des Regierungsrates ein höheres Sparpotenzial beinhaltet.

Zur Strukturreform der Betriebe und der dezentralen Verwaltung: Bei den Strukturreformen strebt der Regierungsrat eine schnelle Entlastung bei den Betrieben und der dezentralen Verwaltung an. Die Grundlagen dafür werden zurzeit von der Projektleitung erarbeitet und in den nächsten Wochen dem Regierungsrat zum Entscheid vorgelegt. Ziel ist es vorerst, jene Betriebe und dezentralen Verwaltungseinheiten zu bestimmen, bei denen durch Strukturreformen Einsparungen erzielt werden sollen.

Zur Senkung des Personalaufwands durch Lohnrevision und Reduktion des Teuerungsausgleichs: Der Regierungsrat hat zur Kenntnis genommen, dass die ursprünglich geplante lineare Lohnkürzung von 3 Prozent im Kantonsrat keine Mehrheit finden würde. Er erteilte deshalb am 3. November 2004 der Finanzdirektion den Auftrag, bis Ende 2004 ein Projekt vorzulegen und mit einer Lohnrevision den Personalaufwand mit Wirkung ab 2006 nachhaltig um 150 Millionen Franken zu senken. Das Personalamt hat umgehend die notwendigen Abklärungen an die Hand genommen, deren Ergebnisse mir vorliegen. Es hat insbesondere die Machbarkeit verschiedener Vorgehensvarianten untersucht. Der Regierungsrat ist über die Ergebnisse noch nicht informiert und hat sie deshalb auch noch nicht diskutieren können. Ich zähle auf Ihr Verständnis, wenn ich Sie deshalb hier und heute mit einer gewissen Zurückhaltung informiere. Zu den vom Personalamt präsentierten Ergebnissen kann ich immerhin Folgendes sagen:

Erstens: Es ist klar, dass den Möglichkeiten verhältnismässig enge Grenzen gesetzt sind. 150 Millionen Franken sind knapp 4 Prozent des kantonalen Personalaufwands. Ein solches Einsparungsziel kann nicht ohne spürbare Senkung des Lohnes aller – oder fast aller – Mitarbeitenden des Kantons erreicht werden. Ich kann hier nur wiederholen: Man kann den Bären nicht waschen, ohne sein Fell nass zu machen.

Zweitens: Strukturelle Eingriffe in das Lohnsystem, insbesondere Anpassungen der Lohnklassen und der Zuordnung von Klassen und Funktionen, sind nur im Rahmen grösserer Projekte möglich. Für solche Projekte ist ein Realisierungszeitraum von einem Jahr nicht realistisch. Solche Projekte müssen aber von einem grossen Arbeitgeber mit einer derart komplexen Struktur, wie sie der Kanton ausweist, ohnehin von Zeit zu Zeit durchgeführt werden, um a) die interne Lohngerechtigkeit wiederherzustellen und b) dafür zu sorgen, dass die Löhne möglichst marktkonform sind und der Kanton als Arbeitgeber auf dem

Platz weder zu hohe noch zu niedrige Löhne ausrichtet. Ich werde dem Regierungsrat noch im Dezember Bericht erstatten und Anträge stellen. Unter Umständen ist nur ein etappenweises Vorgehen zielführend. Je nach Entscheid des Regierungsrates werden wir sehr rasch, anfangs nächstes Jahr, die notwendigen Vernehmlassungen und Konsultationen durchführen können. Die Mitwirkung der Personalverbände ist sichergestellt. Anschliessend werden wir die entsprechenden Vorlagen an den Kantonsrat ausarbeiten.

Zu den Leistungskürzungen: Ziele, Methodik und Vorgehen für die notwendigen Leistungskürzungen hat der Regierungsrat am 3. November 2004 mit der Auslösung des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 festgelegt und danach der Öffentlichkeit auch dargelegt. Ich begnüge mich deshalb mit wenigen Angaben zu diesem Punkt, zumal diese Arbeiten nach Zeitplan erst im Anrollen sind. Die Massnahmenvorschläge zu Leistungskürzungen müssen von den Direktionen und Ämtern ausgearbeitet und umgesetzt werden. Sie beruhen auf einer flächendeckenden Priorisierung aller erbrachten und subventionierten Leistungen auf Grund eines umfassenden Leistungskataloges. Im Rahmen der Leistungspriorisierung sind pro Leistungsgruppe Leistungen und Teilleistungen im Umfang von 6 Prozent des relevanten Aufwands anzugeben, denen die niedrigste Priorität zukommt und die deshalb am ehesten eingeschränkt werden können. Der Regierungsrat wird Mitte März 2005 diese Leistungspriorisierung erstmals beurteilen. Er wird Mitte Juni 2005 über die Leistungskürzungen entscheiden, so dass die Entlastungsmassnahmen im KEF 2006 bis 2009 aufgenommen werden können.

Zur Überprüfung und Kürzung der geplanten Investitionen: Die Direktionen werden für die geplanten wie für die bereits beschlossenen, aber in der Ausführung noch wesentlich beeinflussbaren Investitionsprojekte ab einer noch zu bestimmenden Ausgabenhöhe die Folgen für das quantitative und qualitative Leistungsniveau sowie für die laufenden Kosten darlegen und analysieren. Diese Analysen müssen Mitte Februar 2005 vorliegen. Der Regierungsrat wird sie danach Mitte März 2005 beurteilen und im Juni 2005 darüber entscheiden, welche Investitionen nicht weiterverfolgt oder welche reduziert werden. Der nächstjährige KEF 2006 bis 2009 wird deshalb voraussichtlich ein geringeres Investitionsvolumen ausweisen.

Dies ist im Wesentlichen der aktuelle Stand des Programms Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06, wie es der Regierungsrat in



seinen Grundzügen am 3. November 2004 beschlossen hat und wie es mittlerweile vorangetrieben worden ist. Der Zeitplan ist sehr ehrgeizig und die gestellte Aufgabe ist eine echte Herausforderung für den Regierungsrat, für die Verwaltung und auch für den Kantonsrat. Das Projekt zeigt aber auch in aller Deutlichkeit, dass nachhaltige, strukturelle Haushaltskorrekturen nur in mehrjährigen Projekten erreicht werden können. Kostenreduktionen in der heute notwendigen Höhe können daher nicht kurzfristig im Rahmen einer Budgeterarbeitung oder einer Budgetüberarbeitung erreicht werden. Auch gilt es, unsere Energie und Ressourcen auf die erfolgversprechenden Vorhaben zu konzentrieren.

Der Regierungsrat ist entschlossen, mit dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 die mit dem Sanierungsprogramm 04 begonnene Kurskorrektur fortzusetzen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*Werner Bosshard (SVP, Rümlang), Präsident der FIKO:* Ich war etwas erstaunt zu hören, dass Finanzdirektor Christian Huber als Erster sprechen will. Aber trotzdem, es war zielführend, dass er etwas gesagt hat, und interessant. Aber er hat nichts gesagt, was mich zwingen würde, von meinem Manuskript abzuweichen.

Nach fünfeinhalbjähriger Erfahrung, davon eineinhalb Jahre als Präsident der Finanzkommission, bin auch ich jetzt zur Ansicht gelangt, dass der Budgetprozess eigentlich fast abgeschlossen ist, wenn die Regierung ihren Entwurf vorstellt. Ich liefere Ihnen dazu das Beispiel des letzten Voranschlags 2004, den wir hier vor einem Jahr besprochen haben: In der Laufenden Rechnung wurde der Aufwand von 10'353 Millionen Franken auf 10'301 Millionen Franken gesenkt, also um 0,5 Prozent. Der Ertrag veränderte sich um 0,1 Prozent oder 1 Promille. Dieses Jahr wird es nicht viel anders sein.

Immerhin bin ich heute noch stolz darauf, dass der Antrag der Finanzkommission, die für den Sozialplan vorgesehenen Gelder von 26 auf 16 Millionen Franken zu kürzen, offenbar richtig war. Finanzdirektor Huber hat zu diesem Antrag am 8. Dezember 2003 gesagt: «Falls der gekürzte Kredit nicht reicht, werden wir einen Nachtragskredit anfordern. Ich will Ihnen die Freude ja nicht verderben, aber faktisch ist es gar nicht so wichtig, wie Sie über diesen Antrag entscheiden.» Aus der Tatsache, dass kein Nachtragskredit beantragt wurde, schliesse ich mit

Befriedigung, dass der reduzierte Betrag ausgereicht hat.

Ich komme nun zuerst zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2005 bis 2008, kurz KEF 2005. Dieser ist allerdings nicht, wie Kollege Willy Germann heute Vormittag gesagt hat, das Steuerungsinstrument des Kantonsrates; vielleicht haben Sie sich auch versprochen. Erstmals würdigt die Finanzkommission in ihrem Bericht den KEF. Ihm, also dem KEF, ist zu entnehmen, dass ohne weitere Massnahmen ab dem Jahr 2007 Bilanzfehlbeträge zu erwarten sind.

Die Planung zeigt ganz klar auf, dass die Regierung ihre strategischen Ziele in der Finanzpolitik weit verfehlt: Es gelingt nicht, durch Anpassung der Aufwandentwicklung an die Ertragssituation den mittelfristigen Ausgleich des Staatshaushaltes zu gewährleisten. Es gelingt nicht, die Verschuldung in der laufenden Legislatur um höchstens 25 Prozent anwachsen zu lassen. Und es gelingt nur teilweise, einnahmeseitig weitere Ertragsausfälle zu vermeiden. Ich halte der Regierung zugute, dass nicht alle Faktoren zur Beeinflussung des Staatshaushaltes vollständig unter ihrer Kontrolle sind. Aber sie hat doch weitaus die grössten Einflussmöglichkeiten – um Grössenordnungen mehr als Parlament und Volk. Wie weit wir von der Zielerreichung entfernt sind, zeigt das folgende Zitat auf Seite 37 des KEF: «Bei einem kumulierten Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2001 bis 2008 von 1,35 Milliarden Franken oder durchschnittlich 169 Millionen Franken pro Jahr wird der mittelfristige Ausgleich des Staatshaushalts deutlich verfehlt. Trifft die voraussichtliche Verschlechterung gegenüber dem Voranschlag 2004 von rund 300 Millionen Franken bei den Steuererträgen ein, würde sich der kumulierte Aufwandüberschuss 2001 bis 2008 auf rund 1,65 Milliarden Franken erhöhen.» Ich hoffe für uns alle, dass wir im KEF 2006 solche Sätze nicht mehr lesen müssen. Der Weg zur Besserung führt – neben Sanierungsprogramm 04 und neben Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 – über eine dauernde Optimierung und schmerzliche Hinterfragung der staatlichen Leistungserbringung und nicht über einen bequemen Griff in den Geldbeutel jenes Teils der Einwohnerschaft, der ohnehin schon beträchtlich zum Steueraufkommen beiträgt.

Nun komme ich zum Voranschlag 2005 und zum Antrag der Finanzkommission. Ich werde Ihnen die Zahlen, welche Sie dem Entwurf zum Voranschlag 2005, Vorlage 4202, dem Regierungsratsbeschluss 1668/2004 – populär: Novemberbrief – und der Vorlage 4202a, Antrag der Finanzkommission, entnehmen können, hier nicht ausführlich

vorlesen. Dass die Kommissionen, die Sachkommissionen wie die Finanzkommission, auch gelernt haben, dass der Budgetprozess mit der Vorlage des regierungsrätlichen Entwurfs weit gehend abgeschlossen ist, lässt sich am Umfang der a-Vorlage und an der Anzahl Anträge ablesen. War diese vor einem Jahr noch ein 65-seitiges Dokument im Format A4 mit 38 Anträgen, ist die jetzt vorliegende noch ein knapp 45-seitiges Dokument im Format A5 mit 21 Anträgen. Einige Zahlenspielerereien kann ich Ihnen aber nicht vorenthalten, um Ihnen den Antrag der Finanzkommission verständlich zu machen.

Vor einem Jahr hat die Finanzkommission einem Voranschlag mit einem Aufwand in der Laufenden Rechnung von 10'301 Millionen Franken zugestimmt und dieser Rat hat dasselbe getan. Aber schon damals war zumindest einer Hälfte dieses Rates klar, dass es mit dem Wachstum des Aufwands nicht einfach weitergehen konnte. Mit dem am 24. Mai 2004 eingereichten und am 23. August 2004 überwiesenen Postulat 203/2004 – jetzt beantwortet mit der Vorlage 4226 – glaubte die bürgerliche Mehrheit dieses Rates, der Regierung ein starkes Zeichen zur Bändigung des Aufwandwachstums gegeben zu haben. Vergebens, siehe eben Vorlage 4226! Es hat sich kaum etwas bewegt.

Der Aufwand, welcher im KEF 2003 – veröffentlicht im September 2002, also in der guten, alten Zeit – für 2005 mit 10'745 Millionen Franken geplant war, reduzierte sich mit dem Sanierungsprogramm 04 im KEF 2004 auf 10'529 Millionen Franken und blieb im KEF 2005 mit 10'553 Millionen Franken innerhalb der Planungsgenauigkeit unverändert. Novemberbrief und Kommissionsberatungen haben nochmals beinahe unmerkliche 5 Millionen «Fränkli» draufgepackt.

Wenig Bewegung ist auch an der Ertragsfront festzustellen. Von 10'164 Millionen Franken im KEF 2004 zu 9'999 Millionen Franken im KEF 2005 und zu 10'073 Millionen Franken in der Vorlage 4202a; also einmal 1,7 «Prozentli» weniger, dann wieder 0,7 «Prozentli» mehr.

Nicht viel anders sieht es bei den Investitionen aus. 2002 wurden für 2005 Ausgaben von 1'393 Millionen Franken geplant, jetzt sind es 1'433 Millionen Franken, also praktisch unverändert.

Ich schliesse daraus, dass sich Regierung und Verwaltung nach der Ausarbeitung des Sanierungsprogramms 04 vorerst einmal zurückgelehnt haben. Das dazu ergriffene Referendum, welches am 26. September 2004 abgelehnt worden ist, hat ihnen dazu den willkommenen

Anlass geliefert. Es dauerte dann bis zum 3. November 2004, bis mit dem Regierungsratsbeschluss 1664 der uns eben erklärte, noch sehr vage Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 angeschoben wurde. Darin sind aber als kurzfristige Massnahmen für 2005 nur 20 Millionen Franken enthalten.

Die praktisch vollständige Negierung eines von einer Mehrheit dieses Rates geforderten finanzpolitischen Zieles, die Vertröstung auf einen wie gesagt eher vagen – heute allerdings ein bisschen näher erklärten – und wieder einmal erst in einem Jahr erste Wirkungen zeigenden Massnahmenplan, haben eine Mehrheit der Finanzkommission bewogen, dem um nur je einen Antrag in der Laufenden Rechnung und einen Antrag in der Investitionsrechnung veränderten Voranschlag 2005 am 25. November 2004 die Zustimmung zu verweigern. Diese Mehrheit war damals entweder der Meinung, dem Staat erwachse aus einem budgetlosen Zustand weniger Schaden als aus einem Vollzug des Budgets, oder sie hoffte, die Mehrheit dieses Rates zu einem konkreten Rückweisungsantrag verpflichten zu können. Diese ablehnende Mehrheit erhielt noch Sukkurs durch eine ganz kleine Minderheit, welche das Budget aus anderen Gründen ablehnt und den Aufwand eher noch erhöhen möchte. Es ist nun nicht mehr meine Sache, von diesem Pult aus zu beleuchten, was seit dem 25. November 2004 auf dem politischen Parkett vor und hinter der Bühne gelaufen ist. Das werden sicher die Fraktionssprecher im Anschluss tun.

Zum Schluss danke ich der Regierung und der Verwaltung, die alle gestellten Fragen fristgerecht beantwortet haben, und den Sachkommissionen, welche ihre Voranschlagsbereiche durchleuchtet und darüber berichtet haben. Und zuletzt danke ich auch unserer Kommissionssekretärin, Doktor Evi Didierjean, die uns kompetent durch die Beratungen begleitet und den Leitfaden für die Verhandlungen, genannt «Esel», geschrieben hat.

*Alfred Heer (SVP, Zürich):* Die SVP empfindet den Voranschlag 2005 als völlig ungenügend. Diese Entwicklung war auf Grund des KEF vorauszusehen, weshalb wir uns in weiser Voraussicht dafür eingesetzt haben, dass das Budget 2005 noch nachgebessert wird. Nachdem wir jedes Jahr um diese Zeit die gleiche Litanei hören, dass es zu spät sei, um jetzt in diesem Budget zu korrigieren, und dass überhaupt grundsätzlich und strukturell das Defizit beseitigt werden müsse, hat uns dazu veranlasst, zusammen mit CVP und FDP ein Dringliches Postulat

bereits am 24. Mai 2004 einzureichen. Dies hätte es dem Regierungsrat ermöglicht, das Budget noch zu verbessern. Diese Verbesserung ist leider nicht erfolgt. Das Budget zeigt auf, dass der Personalaufwand weiterhin zunimmt – trotz Sanierungsprogramm 04 – und dass auch der Gesamtaufwand um mehr als 2,4 Prozent zunimmt. Wir sind also mit dem Budget 2005 unzufrieden und stellen den Antrag,

*dass das Budget 2004 an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückzuweisen sei, mit dem Auftrag, den Aufwand auf 10,1 Milliarden Franken – ohne interne Verrechnungen – zu begrenzen.*

*Diese Abstimmung beantragen wir unter Namensaufruf durchzuführen.*

Das Dringliche Postulat wurde von 94 Mitgliedern des Kantonsrates unterzeichnet. Die Sorge um die schlechte finanzielle Lage hat diese 94 Ratsmitglieder dazu bewogen, dem Regierungsrat rechtzeitig zu vermitteln, dass sie mit dem damals vorliegenden KEF-Kennzahlen nicht zufrieden sind. Mit ein Grund war die Tatsache, wie ich es bereits ausgeführt habe, dass aus früheren Budgetdebatten hinlänglich bekannt war, dass im Budgetprozess selber keine revolutionären Änderungen mehr passieren.

Der Regierungsrat hat dieses Dringliche Postulat völlig negiert. Die Budgethoheit liegt bekanntlich beim Kantons- und nicht beim Regierungsrat. Die logische Reaktion dieser Mehrheit des Kantonsrates wäre nun, dem Regierungsrat das Budget zurückzuweisen, da er dieser klaren und unmissverständlichen Aufforderung nicht gefolgt ist. Leider ist die CVP mit fadenscheinigen Gründen gekippt. Nachdem ihr Regierungsratskandidat nun für diese defätistische, ungläubwürdige und opportunistische Haltung in der Budgetfrage von der SP unterstützt wird (*Heiterkeit*), scheint die Rechnung für die CVP oberflächlich betrachtet aufzugehen. (*Heiterkeit und Zwischenruf: «Genau!»*) Die FDP wiederum konnte sich in der Mehrheit nicht durchringen, beim Dringlichen Postulat zu bleiben. Ein Kompromissrückweisungsantrag von rund 10,3 Milliarden Franken, welchen die SVP geschlossen mitunterstützt hätte, konnte in der Fraktion der FDP keine Mehrheit finden, so dass auch die FDP es vorzieht, die gleiche Position wie SP, EVP und CVP einzunehmen. Der Wähler wird sich bei den nächs-

ten Wahlen die Frage stellen müssen, wieso er überhaupt noch die CVP oder die FDP wählen soll, wenn man nur einen Wurmfortsatz der SP bildet (*Heiterkeit*). Die FDP ist nicht mehr fähig, ihre 29 «Mannen» und Frauen dazu zu bewegen, geschlossen in eine Budgetdebatte zu steigen, so dass sie ganz einfach die Position des Regierungsrates, welche identisch mit derjenigen der SP ist, übernimmt.

Meine Damen und Herren Kantonsräte, das Parlament hat die Budgethoheit. Die Regierung hat sich dem Wunsch der Postulanten nicht gebeugt. Der Regierungsrat hat das Diktat beim Budget 2005 übernommen. Er hat es deshalb übernommen, weil in diesem Kantonsrat Leute sitzen, welche Worten keine Taten folgen lassen. Wir können dem Regierungsrat nicht die alleinige Schuld am Budget 2005 geben, die Schuld liegt an der Schwachheit dieses Parlaments. Man vertraut nun angeblich auf den Massnahmenplan 06 des Regierungsrates. Diesen Plan kennt kein Parlamentarier im Detail. Abgesehen davon werden wir noch das Volk über diese einzelnen Bestimmungen im Massnahmenplan zu befinden haben. Ich frage mich deshalb, wie man als Parlamentarier auf eine solche unsichere Massnahme vertrauen kann, wenn man heute die Fäden in der Hand hätte, das Budget mit einem klaren Auftrag an die Regierung zurückzuweisen. Ich frage Sie überhaupt, liebe Mitglieder der CVP und der FDP, wieso wir noch Budgetdebatten durchführen. Wie wollen Sie ernsthaft gegen eine Steuererhöhung im Jahr 2006 stimmen, wenn Sie diesem Budget und somit diesem Aufwandüberschuss heute zustimmen? Ich lese gerne noch einmal den beiden Fraktionspräsidenten und Unterzeichnern des Dringlichen Postulates vor, was Sie anlässlich der Dringlichkeit erklärt haben. Lucius Dürr: «Die Finanzen ins Lot bringen, ist eine ebenso permanente wie dringliche Aufgabe. Ich denke, dass eine zusätzliche Massnahme, nämlich konkret das Budget 2005 auf 10,1 Milliarden Franken zu begrenzen, ebenso wichtig wie dringlich ist.» Und Thomas Isler hat ausgeführt: «Sie kennen die Zahlen, Sie kennen das Sanierungsprogramm 04, Sie kennen unterdessen auch die Staatsrechnung des vergangenen Jahres. Wir müssen den Gürtel enger schnallen. Die Regierung muss das auch und sie muss es vor allem im laufenden Budgetprozess, der Ende August 2004 für die Regierung abgeschlossen ist. Wenn wir irgendwelche Nägel mit Köpfen machen wollen, dann müssen wir jetzt diese Dringlichkeit unterstützen.» Das waren die Worte dieser beiden Fraktionspräsidenten.

Ich kann da nur noch mit einem Schlusssatz enden, der zwar für alle gilt, aber heute speziell für unsere Kolleginnen und Kollegen von

CVP und FDP: In jungen Jahren lernt man zu sprechen, im Alter aber zu schweigen. Dies ist der grundlegende Fehler des Menschen. Er lernt zu sprechen, bevor er noch zu schweigen weiss. (*Heiterkeit.*)

*Ratspräsidentin Emy Lalli:* Alfred Heer hat einen Antrag auf Rückweisung gestellt. Wir werden am Ende der Eintretensdebatte darüber abstimmen.

*Stefan Feldmann (SP, Uster):* Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Das vorliegende Budget 2005 ist kein sozialdemokratisches Budget. Angesichts der Tatsache, dass dieses Budget zahlreiche Massnahmen aus dem Sparprogramm 04 enthält, welche erstmals im Voranschlag ihren Niederschlag finden, fällt es der Sozialdemokratischen Fraktion nicht leicht, dem vorliegenden Budget zuzustimmen; dafür liegt es zu nahe an der Schmerzgrenze des noch Akzeptablen. Dennoch trägt die SP-Fraktion den Voranschlag, so wie er aus den Kommissionsberatungen hervorgegangen ist, mit. Sie trägt ihn mit, wenn auch ohne jegliche Begeisterung und unter der Voraussetzung, dass dieser Rat von weiteren Abstrichen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit absieht. Die SP trägt das Budget trotz aller Bedenken vor allem deshalb mit, weil sie nicht will, dass dieser Kanton das Jahr 2005 ohne gültigen Voranschlag in Angriff nehmen muss. Dies wäre nicht im Interesse der Zürcher Wirtschaft, es wäre nicht im Interesse der Zürcher Institutionen, welche im Bildungsbereich, im Sozial- und Gesundheitswesen tätig sind, und es wäre nicht im Interesse der Zürcher Umwelt – kurz: es wäre nicht im Interesse der Zürcher Bevölkerung.

Es wäre nicht im Interesse der Zürcher Wirtschaft, weil ein budgetloser Zustand faktisch bedeuten würde, dass keine Neuinvestitionen mehr getätigt werden können. Was das bedeutet, hat der Präsident des Zürcher Gewerbeverbandes bereits im Dezember 2002 dargelegt, als es diesem Rat nicht gelang, sich auf einen gemeinsamen Voranschlag zu einigen. Bei Industrie und Gewerbe wäre mit Auftragsausfällen in dreistelliger Millionenhöhe zu rechnen. Wer also aus Wahlkampfgründen – und es gibt ja bekanntlich Parteien, die können nichts anderes –, wer also aus Wahlkampfgründen mit dem budgetlosen Zustand flirtet, gefährdet Arbeitsplätze, gefährdet den Wirtschaftsplatz Zürich.

Ein budgetloser Zustand ist aber auch nicht im Interesse der Zürcher Institutionen, welche im Bildungsbereich, im Sozial- oder Gesund-



heitswesen tätig sind, und er wäre nicht im Interesse der Zürcher Umwelt, weil ohne Budget ja nicht nur die Kürzungen, die sich aus dem Sparprogramm 04 ergeben haben, nicht wieder rückgängig gemacht wären, sondern weil darüber hinaus Budgets von Schulen, Heimen und Spitälern in Frage gestellt wären und weiter gehende Aufgaben wie Natur- und Umweltschutz zusätzlich gefährdet würden. Wer also aus Wahlkampfgründen mit dem budgetlosen Zustand flirtet, setzt kein Signal, sondern gefährdet im Gegenteil jene Aufgaben, für die er einzustehen vorgibt.

Die Finanzkommission stellt dem Kantonsrat den Antrag – Sie haben es vom Präsidenten der Finanzkommission, Werner Bosshard, gehört –, den Voranschlag 2005 abzulehnen. Es ist der Finanzkommission selbstverständlich unbenommen, dies zu tun. Ich muss Ihnen aber sagen, dass wir schon ein wenig erstaunt sind, wie leichtfertig die Finanzkommission zu ihrem Antrag gekommen ist, wie leichtfertig sie in Kauf nimmt, dass der Kanton Zürich durch einen budgetlosen Zustand Schaden nimmt. Wenn wir die Anzahl der in den Sachkommissionen eingebrachten Anträge mit der Zahl der in den Vorjahren eingebrachten vergleichen, dann kann keine Rede davon sein, dass die Fraktionen, die den Voranschlag in der Finanzkommission abgelehnt haben, ernsthaft den Versuch unternommen hätten, den Voranschlag für sie akzeptabler zu machen. Und ohne diesen Versuch muss ein Ablehnen des Voranschlags, muss das In-Kauf-Nehmen eines budgetlosen Zustands als fahrlässig und leichtfertig bezeichnet werden.

Zum Rückweisungsantrag der SVP. Die SVP macht einmal mehr das, was sie am besten kann: Sie ignoriert Fakten und bellt dafür um so lauter. Wer vom Regierungsrat verlangt, dass er den Aufwand subito auf 10,1 Milliarden Franken zu beschränken hat, verkennt schlicht die Realität, verkennt die Komplexität, welche dem Finanzhaushalt innewohnt, und nimmt zudem nicht zur Kenntnis, dass der Kantonsrat primär über die Gesetzgebung steuern kann – über die Gesetzgebung steuern muss – und erst sekundär über den Voranschlag. Es war schon bei der Einreichung des Postulates, auf welches sich die SVP nun beruft, klar, dass die Forderung des Postulates durch den Regierungsrat nicht eingelöst werden kann. Es gibt andere Parteien, die haben diese Forderung mit aufgestellt, die haben das inzwischen gemerkt; die einen etwas früher, die anderen etwas später. Aber eben: Wer nicht bereit ist, Verantwortung für diesen Kanton zu übernehmen, wer so lange auf der Brem-

6146

se steht, bis dieser Kanton still steht, den müssen Fakten nicht kümmern.

Ich bitte Sie, mehr Realismus und mehr Verstand walten zu lassen und den Rückweisungsantrag der SVP nicht zu unterstützen.

Erlauben Sie mir nun aber, den Blick noch ein wenig über das Budget hinaus zu öffnen; schliesslich diskutieren wir ja nicht nur über den Voranschlag 2005, sondern nehmen auch den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzierungsplan zur Kenntnis. Dieser zeigt – da sind wir uns wohl über alle Parteigrenzen hinweg einig – keine rosige Zukunft. Dies sollte uns aber nicht weiter wundern, es ist das Resultat einer verfehlten bürgerlichen Finanzpolitik auf den verschiedenen Ebenen unseres Staates. Die bürgerliche Seite in diesem Rat hat in diesen letzten zehn Jahren – nimmt man Steuerfussenkungen, Steuergesetzrevisionen und die Abschaffung der Erbschaftssteuer zusammen – der öffentlichen Hand Mittel in der Höhe von 20 Steuerprozenten entzogen. Und in Bern weiss die bürgerliche Mehrheit in ihrer finanzpolitischen Ratlosigkeit jeweils auch kein besseres Mittel, als im Rahmen von Sparbemühungen Aufgaben auf die Kantone abzuwälzen. Die Folgen dieses Tuns hat dann unser kantonaler Finanzhaushalt zu tragen. Diese beiden Faktoren einer verfehlten bürgerlichen Finanzpolitik, zusammen mit einer schleppenden Wirtschaftslage, führen nun dazu, dass dem Kanton Zürich die Mittel zur Finanzierung der ihm übertragenen Aufgaben nicht mehr in genügendem Umfang zur Verfügung stehen.

Ich weiss, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der bürgerlichen Seite, Sie werden jetzt sagen, das stimme alles nicht. Nicht die Einnahmen seien das Problem, sondern die Ausgaben. Hierzu nur zwei Fakten: Der Aufwand des Kantons Zürich ist in den vergangenen Jahren zwar real gestiegen, im Vergleich zum Volkseinkommen ist er aber praktisch konstant geblieben. Und die Verschlechterung des Voranschlags gegenüber dem letztjährigen KEF um 118 Millionen Franken ist nur zu einem kleinen Teil auf zusätzlichen Aufwand und grösstenteils auf zu niedrige Erträge zurückzuführen. Dieses Parlament sollte endlich von einer Finanzpolitik Abstand nehmen, welche den Staat auf Einnahmen und Ausgaben, auf Kostenstellen und Kostenträger reduziert und deren einziges Ziel Steuersenkungen sind. Eine ganzheitliche Sicht der Rolle des Staates erfordert von diesem Parlament, dass es seine Verantwortung wahrnimmt, statt mit dem budgetlosen Zustand zu flirten, dass es sich für den Erhalt von guten Leistungen in diesem Kanton einsetzt und nicht durch überzogene Sparprogramme den zarten wirtschaftlichen Aufschwung gleich wieder abwürgt.

Für die SP-Kantonsratsfraktion ist deshalb die Marschrichtung der kommenden Jahre klar: Sie wird sich dafür einsetzen, dass bei der Bildung, beim Umweltschutz, beim Sozial- und Gesundheitswesen kein weiterer Leistungsabbau stattfindet. Sie wird das neue Sparprogramm 06 unter diesem Gesichtspunkt gut prüfen und wird sich auch nicht scheuen, dort, wo nötig, das Volk anzurufen. Und sie wird sich schliesslich nächstes Jahr dafür einsetzen, dass der von finanzpolitischer Fahrlässigkeit gekennzeichnete Fehlentscheid bezüglich Steuerfuss vom Dezember 2002 korrigiert wird.

In diesem Sinne nimmt die SP-Fraktion Kenntnis vom KEF, lehnt den Rückweisungsantrag der SVP zum Budget ab und stimmt dem Voranschlag 2005 unter der Voraussetzung, dass keine Abstriche in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit erfolgen, zu.

*Thomas Isler (FDP, Rüschlikon):* Die FDP-Fraktion steht mehrheitlich hinter dem Budget 2005, wie es der Regierungsrat vorgelegt hat. Sie kann nach zähem Ringen und intensiven Verhandlungen – das gibt es bei uns, Gott sei Dank – dem FIKO-Antrag auf Rückweisung nicht Folge leisten. Sie wird jedoch in der Detailberatung sämtliche Verschlechterungsanträge der Linken Seite strikte ablehnen und eventuell neue bürgerliche Kürzungsanträge prüfen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Budgetantrag vor folgendem Hintergrund und mit folgenden acht Punkten:

Erstens: Unser Kanton befindet sich in einer prekären finanziellen Lage. Wir wollen und müssen die Kantonsfinanzen fundamental sanieren. Dies ist jedoch mittels eines Budgets, bei dem durch die Sachkommissionen kaum mehr substanzielle materielle Änderungen vorgenommen worden sind – um nicht zu sagen: keine –, und eingeengt durch die heutigen gesetzlich zwingenden Ausgaben, nicht möglich. Es ist bezeichnend, dass auch die eingereichten Minderheitsanträge keine substanziellen Verbesserungen mehr erwarten lassen.

Zweitens: Finanzpolitik kann nicht über den Voranschlag betrieben werden, sondern muss in erster Linie über den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF)§ geschehen; das haben wir hier nun endlich gemerkt. Dazu brauchen wir aber eine Verbesserung der parlamentarischen Mitsprache. Der KEF soll von uns in Zukunft nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern auch bewilligt werden können. Es soll am Kantonsrat liegen, der Regierung strategische Vorgaben zu geben, womit auch die Globalbudgets bedeutend berechenbarer

gemacht werden können. Wir fordern die behandelnde Kommission auf, die entsprechenden Änderungen des CRG (*Controlling- und Rechnungslegungsgesetz*) einzuleiten und dem Rat vorzulegen. Wir verlangen auch, dass Investitionsvorhaben in Zukunft auf ein Mass reduziert werden, das der katastrophalen Finanzlage dieses Kantons Rechnung trägt.

Drittens: Wir sind nicht bereit, KMU und Gewerbe, einem volkswirtschaftlich problematischen budgetlosen Zustand auszusetzen.

Viertens: Bedenken Sie auch, dass wir Ende Februar 2005 einen neuen Finanzdirektor, eine neue Finanzdirektorin erhalten werden. Es wäre unklug, ihn oder sie ohne Budget ins Feld zu schicken, wäre es doch ihm oder ihr verständlicherwise ein Leichtes, sich aus der Verantwortung zu ziehen und den Vorgänger oder schlicht den Umständen und Altlasten die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Fünftens: Wir erwarten jedoch, dass der Regierungsrat das budgetierte Defizit von 483 Millionen Franken im Haushaltsvollzug, wo immer möglich, noch über die angekündigten 20 Millionen Franken hinaus verbessert. Denn die Regierung selbst hat festgestellt, dass beschlossene Globalbudgets lediglich Ausgabenermächtigungen, nicht aber Ausgabenverpflichtungen darstellen, und sie hat an anderer Stelle auch von 90 Millionen Franken Haushaltsvollzugeinsparungen gesprochen.

Sechstens: «Den Gürtel enger schnallen», haben wir gehört. Kollega Alfred Heer zitiert ja gerne aus vertraulichen Protokollen. Das von unseren Fraktionen im Frühjahr dieses Jahres eingereichte Dringliche Postulat hat ein starkes Signal ausgesendet, indem es die Regierung unter Druck gesetzt hat – immerhin bis zur Finanzkommission –, endlich ein Entlastungsprogramm zu präsentieren. Die Umsetzung der Forderung, die Staatsausgaben auf 10,1 Milliarden Franken zu plafonieren, kann über das vorliegende Budget schlicht nicht erreicht werden. Doch wir nehmen Regierungsrat Christian Huber und vor allem die sechs Damen und Herren, die im Regierungsrat verbleiben, beim Wort. Er hat angekündigt, den Aufwand im Rahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 bis ins Jahr 2007 auf die im Postulat geforderten Grenzen zu senken.

Siebtens: Wir werden den Regierungsrat an diesem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06, hinter dem wir voll stehen können, messen. Er muss in erster Linie eine Reduktion der Verwaltungsaufgaben beinhalten und darf nicht primär durch Leistungskürzungen auf dem

Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen werden. Es ist unseres Erachtens ein Skandal, dass wir beispielsweise vor Monaten Klassen vergrössern mussten, aber gleichzeitig noch nicht einmal über eine zentrale Materialbeschaffung verfügen in diesem Kanton; dies wohlverstanden bei einem Beschaffungsvolumen von 2,5 Milliarden Franken! Ähnliches gilt für eine zentrale Informatik, ein zentrales Rechnungswesen. Entlastung und Entschlackung sind gefragt. Es ist an der Zeit, tabulos die Verwaltungsstrukturen zu hinterfragen und den Aufwand in der Bürokratie im grossen Stil zu reduzieren. Der Sprechende durfte anfangs der Neunzigerjahre die Personalgesetzkommission präsidieren. Damals haben wir zum ersten Mal eine Querschnittskompetenz und -funktion dem Personalamt dieses Kantons gegeben. Meine Damen und Herren Regierungsräte, Sie müssen Querschnittsdenken intensivieren und Kompetenzen einer Stelle zuteilen, die derart rein sachliche, materielle Themen aufnimmt und damit enorme Sparpotenziale auslöst.

Achtens: Auf keinen Fall dürfen die Staatsfinanzen, Kantonsfinanzen über die Steuerfusserhöhung saniert werden. Die Fehlbeträge den Steuerenkungen anzulasten, ist grundfalsch, Stefan Feldmann. In den vier Jahren zwischen 1999 und 2002 hatten wir Mehreinnahmen von total 1,2 Milliarden Franken, sprich: mehr als 30 Steuerprozent. Das Sanierungsprogramm 04 wie auch der Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 müssen ausgabenseitig verbessert werden.

Wir haben vom Souverän den Auftrag bekommen, unserem Staat einen handlungsfähigen Kanton Zürich zu gewährleisten. Mit einer Rückweisung des Voranschlags tun wir dies sicherlich nicht; im Gegenteil, es macht die Sache für alle nur schwieriger. Nur das genehmigte Budget ist eine stabile Basis und ein Ausgangspunkt tiefgreifender, mittelfristiger Sanierungsmassnahmen. Und nur so ist das Ziel eines gesunden Staatshaushaltes erreichbar.

Deshalb steht die Mehrheit unserer Fraktion weit gehend hinter dem vorgeschlagenen Budget.

*Natalie Vieli-Platzer (Grüne, Zürich):* Ja, ein kleiner, ein klitzekleiner Teil der Mehrheit der Finanzkommission, die abgelehnt hat, waren die Grünen. Die Grüne Fraktion steht diesem Voranschlag sehr kritisch gegenüber. Er ist geprägt von den Auswirkungen des Sanierungsprogramms 04 und bereits haben wir auch wieder das Schreckgespenst des nächsten Sparprogramms vor uns. Es ist die logische Folge der

finanzpolitischen Fehlgeburt, nämlich dieser Ausgabenbremse. Die Notwendigkeit alljährlicher Feuerwehübungen ist in Zeiten konjunktureller Schwäche systemimmanent, tritt doch mit jedem fetten Jahr, das wegfällt, wieder ein schlechtes hinzu. Eine aufgabenorientierte, mittelfristig kohärente, ökologisch und sozial verantwortungsvolle Planung ist unmöglich. Sie trägt stets die Fessel des willkürlichen und auf Prognosen beruhenden, mittelfristigen Ausgleichsgebots. Hier warten wir gespannt auf die Vorschläge der regierungsrätlichen Arbeitsgruppe zur Verbesserung dieses Instrumentes. Die Antwort auf unsere diesbezügliche Motion zeugte jedenfalls von wenig Einfallsreichtum.

Die Grünen haben bereits das Sanierungsprogramm 04 vehement bekämpft und die Bürgerinnen und Bürger haben mit dem knappen Entscheid ein klares Signal gesetzt. Sparen bedeutet Qualitäts- und Leistungseinbussen, die man nicht zu akzeptieren bereit ist. Wir werden uns deshalb auch in dieser Budgetdebatte im Rahmen unserer Anträge für unsere ökologischen, sozialen, gesundheits- und bildungspolitischen Anliegen einsetzen – und ganz sicher und auf jeden Fall hoffen wir auch hier auf Ihre Unterstützung – und die fantasie- und verantwortungslosen Kürzungsanträge von Seiten der SVP allesamt ablehnen.

Interessant ist, dass nun auch die FDP fordert, dass im Rahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 nicht mehr weiter auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger gespart werden darf, wobei unklar bleibt, wie sie dies mit ihrer Forderung nach ständig sinkenden Steuereinnahmen aufgehen soll. Die heisse Kartoffel hierzu, die Verantwortung dafür, wie und wo abgebaut werden soll, wird nur allzu gerne an den Regierungsrat weitergereicht. Immerhin ist nun auch bei der FDP die Einsicht in die eigene Torheit vom nicht realisierbaren Postulat herangereift, allerdings mit etwas Unterstützung durch den Regierungsrat, wie auch heute schon.

Das Ziel eines ausgeglichenen Budgets haben auch wir vor Augen. Natürlich begrüßen auch wir nicht ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von 485 Millionen Franken. Natürlich ist es auch unser Ziel, ökonomisch nachhaltig zu wirtschaften, nicht auf Kosten folgender Generationen. Nur, darum geht es ja bekanntlich im bürgerlich-liberalen Staatsverständnis gar nicht. Dem Staat werden die Mittel selbst dann entzogen, wenn der Staatshaushalt bereits in Schiefelage ist; der Staat soll schliesslich heruntergefahren werden. Dabei geht

allerdings die Rechnung nicht auf. Mit der Senkung und Abschaffung von Steuern und dem kontinuierlichen Abwälzen von Aufgaben auf Gemeinden, wie auch im Rahmen des Sanierungsprogramms erfolgt, wird das Problem nach unten verschoben. Folge: Die Gemeinden sind gezwungen, die Steuerfüsse zu erhöhen; man geht von 5 bis 7 Prozent aus, jüngstes Beispiel ist auch Opfikon. Das Kantonsmittel der Steuerfüsse musste auf 113 Prozent erhöht werden. Und siehe da, über den Steuerfussausgleich treffen wir auch im Voranschlag 2005 auf eine Aufwanzunahme von rund 190 Millionen Franken. Ich zitiere aus dem Voranschlag und aus dem KEF: «Die Ertragsausfälle bei den ordentlichen Steuern sowie die Abschaffung der Handänderungssteuer werden bei den Gemeinden ab 2005 mehrheitlich Steuerfusserhöhungen zur Folge haben.» Und weiter: «Auf Planjahr 2005 bis 2008 ist mit wesentlich höheren Steuerfussausgleichsbeiträgen zu rechnen.» Ist es das, was Sie wollen? Ist damit Ihr Ziel erreicht? Das Problem wird nach unten verschoben. Glücklicherweise haben wir ja auch heute gehört, dass auch der Regierungsrat der Meinung ist, dass es so nicht weitergehen kann und auch ertragsseitig Massnahmen notwendig sind. Wir hoffen hier auf die Unterstützung von CVP und FDP, die ja bereits angekündigt haben, dass, wenn Bedarf da wäre, einer Steuerfusserhöhung auch zugestimmt werden könnte.

Nun noch etwas Grundsätzliches: Noch unabhängig von der faktisch vorliegenden finanziellen Situation ist einmal mehr die fehlende Einflussmöglichkeit dieses Rates in den Budgetprozess ernüchternd. Dabei hat es sich gezeigt, dass nicht einmal mit dem Instrument Leistungsmotion verbindliche Vorgaben gemacht werden können; ein Hohn, nachdem uns der Regierungsrat zur Einflussnahme jeweils auf dieses Instrument verwiesen hat. Die grossen Züge, die grundsätzliche und längerfristige Finanz- und Schwerpunktplanung, nimmt der Kantonsrat macht- und einflusslos zur Kenntnis, und das in einer Zeit, da wir von einem Sparprogramm ins nächste schlittern. Der KEF wird kaum beachtet und auch in dieser Debatte bisher kaum diskutiert; wozu auch? Dies kann der Weisheit letzter Schluss nicht sein und – da gehen wir mit Thomas Isler einig – es muss im Rahmen der CRG-Beratung grundsätzlich angegangen werden.

Die Grüne Fraktion wird auf den Entwurf zum Voranschlag eintreten, die Rückweisung nicht unterstützen und das am Schluss vorliegende definitive Budget beurteilen. Wir sehen keinen Anlass, in vorauseilen-



dem Gehorsam einem bürgerlichen Sparbudget zuzustimmen, auch nicht aus wahltaktischen Gründen.

*Lucius Dürri (CVP, Zürich):* Die CVP sagt Ja zum Budget 2005, nicht aus einer Begeisterung heraus, sondern aus Verantwortungsbewusstsein und auch als Zeichen des Pragmatismus. Bei allem Unbehagen bei der vorliegenden finanziellen Konstellation nützt eine doktrinaire und fundamentale Position nichts, liebe Kollegen aus der SVP. Verschiedene Budgets, die Sie zurückgewiesen haben, wurden nie verbessert, sondern haben vielleicht 2 oder 3 Millionen Franken Ersparnis hervorgebracht, aber ebenso viel Aufwand im Rat generiert. Gehen Sie über die Bücher; es lohnt sich nicht!

Das Ja der CVP kann aber durchaus auch als Vertrauensbeweis gegenüber der Regierung ausgelegt werden, fühlt sich die Fraktion doch vom Regierungsrat ernst genommen, und das von der CVP mitunterzeichnete Sparpostulat endete nicht in einer Schublade, sondern findet seinen Niederschlag im Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06. Dieser Massnahmenplan lässt von der Stossrichtung her keine Wünsche offen, und wer sich damit etwas befasst hat, den müsste eigentlich ein Schaudern erfassen, denn da kommt sehr vieles auf uns zu; das wurde bis jetzt noch nicht beachtet. Das Budget 05 ist deshalb im Kontext mit diesem Massnahmenplan zu verstehen und nicht isoliert.

Das Sanierungsprogramm 04 hat zudem deutlich gezeigt, dass der Schlüssel zur Haushaltssanierung zum grössten Teil bei der Regierung liegt. Sie hat es mit griffigen Massnahmen und hoffentlich unerschütterlichen Willen in der Hand, die Finanzen in Ordnung zu bringen. Das Parlament kann ihr nach Kräften und im Rahmen seines beschränkten Handlungsspielraums helfen.

Das Budget 05 ist, wie bereits erwähnt, notwendig aus sozialer und ökologischer Verantwortung heraus, aber auch aus Rücksicht gegenüber der Wirtschaft und insbesondere den KMU. Ohne ausreichende Investitionen sind Arbeitsplätze und Lehrstellen gefährdet. Es nützt nichts, Vorstösse zur Vergrösserung der Lehrstellenzahl einzureichen, wenn eines der wesentlichen Mittel zur Stellenerhaltung – das Budget – abgelehnt wird. Wenn die CVP Ja sagt, ist es ein «Ja, aber», ein Ja mit Auflagen und Wünschen an die Regierung.

Zur Ausgangslage – hier wurde alles Wesentliche gesagt – noch ein Wort dazu: Es nützt nichts, das Ausgabenwachstum zu beklagen, wenn Eigenverantwortung fehlt. Eigenverantwortung muss gestärkt werden. Heute ist oft eine übersteigerte Erwartungshaltung der Leistungsempfänger festzustellen, ich schliesse mich da nicht aus. Hier

muss eine Zäsur erfolgen, wobei auch Eigenverantwortung nicht heisst, dass die Schwächsten sich noch mehr einschränken müssen.

Zum Budget: Die CVP unterstützt das Budget in unveränderter Form, wie es vom Regierungsrat vorgeschlagen wird. Das Budget enthält auch Massnahmen des Sanierungsprogramms 04. Jede Abweichung vom Budget würde dieses erste Sanierungsprogramm gefährden. Die Erhöhungsanträge sind teilweise zwar nachvollziehbar, weil sie mehr Komfort beinhalten, aber diesen können wir uns im Moment nicht leisten; ich denke wieder an die Reduktion der Klassengrösse, an veränderte Lektionenfaktoren. Auch weitere Kürzungen sind nicht akzeptabel. Es ist bedauerlich, dass die SVP wieder in die Mottenkiste gegriffen hat und uralte Kürzungsvorschläge macht, welche schon x-fach abgelehnt wurden. Sie nimmt offenbar weder die Gleichstellung noch die Integration genügend ernst.

Zu den Wünschen und Auflagen an die Regierung: Der Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 ist raschestmöglich umfassend zu detaillieren und transparent zu machen und innerhalb der anvisierten Frist lückenlos umzusetzen. Einen weiteren vertieften Einblick in den Massnahmenplan hat Finanzdirektor Christian Huber eben gegeben. Die CVP begrüsst grundsätzlich die skizzierten Querschnittmassnahmen. Kostensenkungen im Beschaffungswesen, bei der Raumnutzung, dem Rechnungswesen und der Informatik sind machbar und verkraftbar. Dies bedingt aber tatsächlich eine überdirektionale Zusammenarbeit, welche heute teilweise noch fehlt, und eine hohe Disziplin der Verwaltung. Schwieriger wird es bei der Senkung des Personalaufwands; nur so viel: Machen Sie marktkonforme Löhne, aber machen Sie keine Tiefstlöhne! Denn damit hätten wir Rekrutierungsschwierigkeiten und qualitativ nicht das Personal, das wir brauchen. Auch Leistungskürzungen werden nicht zu vermeiden sein. Wichtig ist, dass Leistungen priorisiert werden und Kürzungen in erster Linie im Bereich mit tiefen Leistungsprioritäten erfolgen.

Die CVP sieht als Auflage auch eine nachhaltige Finanzpolitik. Budgetiertes Geld muss nicht zwingend ausgegeben werden, sondern nur dann, wenn eine Ausgabe notwendig ist, und wirklich nur dort, wo eine Langzeitwirkung erzielt werden kann. Jede Vergoldung im Beschaffungswesen ist zu verhindern und eine leise Kritik am neuen Juristischen Seminar sei angebracht: Es wäre günstiger zu haben gewesen.

Die CVP wünscht aber auch mehr Transparenz im Finanzwesen. Für das Parlament ist es zum Teil kaum nachvollziehbar, wie das budgetierte Geld ausgegeben wurde. Pauschale Zahlen sagen noch nichts aus. Mehr Detailinformationen würden nicht zuletzt zur Reduktion des Misstrauens führen. Die Mitwirkung des Parlamentes in finanziellen Fragen – es wurde heute mehrfach betont – ist nach wie vor ungenügend, sowohl in zeitlicher als auch in materieller Hinsicht. Sachkommissionen müssten viel früher einbezogen werden, nur dann kann eine Einwirkung nach Rücksprache mit den Fraktionen erfolgen. Zu dieser erhöhten Mitwirkung gehört auch der Einbezug des Kantonsrates bei der Erstellung des KEF.

Noch ein Wort zur Personalpolitik: Die vom Regierungsrat hinsichtlich des Budgets 05 ausgeübte Personalpolitik ist vertretbar geworden, nachdem die anvisierten Lohnkürzungen glücklicherweise verhindert werden konnten. Eine generelle Teuerungszulage im Umfang von 0,75 Prozent ist akzeptabel, auch wenn die Privatwirtschaft faktisch nur noch individuelle Lohnanpassungen vornimmt, allerdings in einem höheren Umfang. Wichtig ist, dass keine Nivellierung der Löhne auf Grund des Giesskannenprinzips erfolgt.

Ich komme zum Schluss: Die langjährige Erfahrung zeigt, dass ein Budget nie den Erwartungen Einzelner oder einzelner Gruppierungen entsprechen kann; dazu ist die Politik zu heterogen. Es würde aber zu einer Stärkung des politischen Systems führen, wenn ein Minimalkonsens erreicht werden könnte. Das Budget 2005 bietet dazu eine gute Grundlage. Wir appellieren deshalb an alle Parteien, beim Budget 2005 mitzuwirken und zuzustimmen. Ein solcher Konsens wäre eine gute Grundlage, die viel schwierigere Hürde des Massnahmenplans 06 zu meistern, welcher alle Beteiligten, Regierung und Parlament, viel stärker fordern wird als das Budget 2005.

*Peter Reinhard (EVP, Kloten):* Das vorliegende Budget ist kein EVP-Budget. Ein EVP-Budget wäre solidarischer, indem es die Reichen stärker in die Pflicht nehmen würde, und es wäre gegenüber einzelnen Sparpositionen kritischer, indem es zum Beispiel den biblischen Unterricht wieder in die Pflichtfächer aufnehmen würde oder zur Bekämpfung der Jugendgewalt auch die Anzahl der Jugendanwälte erhöhen würde. Die EVP attestiert dem Regierungsrat aber, dass er im Rahmen der bestehenden politischen Kräfte ein realistisches Budget vorlegt. Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ist es sozial- und

umweltverträglich ausgestaltet. Die EVP wird dem Voranschlag deshalb zustimmen, zumal dieses Jahr eine massvolle Steuerfusserhöhung rechtlich gar nicht möglich ist. Nicht zuletzt stimmen wir aber auch zu, weil wir den kleineren und mittleren Unternehmungen, den KMU, nicht in dreistelliger Millionenhöhe Aufträge entziehen und als Wirtschaftsdämpfer wirken wollen. Finanzpolitisch will die EVP keine ausufernde Schuldenlast zulassen, Sparen ist in dem Sinne ein Gebot der Stunde, weil sich die Steuererträge schon wegen der wirtschaftlichen Situation eher schleppend entwickeln. Wenn wir aber Steuern zu Gunsten der obersten Einkommen senken und dann meinen, das Sparen müsse durch die Unterschicht oder den Mittelstand ausgleichend mitgetragen werden, dann können wir dieser Logik nicht zustimmen, zumal auch das Staatspersonal hier etwas auszugleichen hat, was wir zumindest teilweise selber verursacht und verschuldet haben. Wir haben auch Mühe, wenn Sparen immer wieder eine Umverlagerung auf die Gemeinden zur Folge hat. Die EVP ist zum weiter gehenden Sparen bereit, wenn die unsinnigen Steuerfusserreduktionen nächstes Jahr rückgängig gemacht werden. Wenn in einer Zeit, in der eine steuerpflichtige Person, zum Beispiel eine Staatsangestellte oder ein Staatsangestellter, 10'000 Franken Steuern zahlt und durch 5 Prozent Steuerfusserreduktion im Jahr 250 Fränkli spart, und sie oder er auf der anderen Seite über strukturelle Massnahmen oder sonstige Lohnreduktionen ein Vielfaches draufzahlen muss, dann entbehrt dies jeder Logik. Es ist auch nicht ehrlich gegenüber den Steuerpflichtigen, weil sie im Mittelstand, in der Unterschicht gar nicht zu einer tatsächlichen Reduktion kommen.

Wir können die FDP unterstützen, die sagt, eine Straffung in der Verwaltung sei notwendig. Es gibt bei der Beschaffung und andernorts tatsächlich Handlungsbedarf. Wir unterstützen Sie in diesem Anliegen, erinnern Sie aber auch an Ihr Versprechen, als Sie sagten, dass eine Steuerfusserhöhung gegebenenfalls auch durch Sie unterstützt würde. Wenn wir davon ausgehen, dass diese 20 Prozent tatsächlich eingespart oder reduziert wurden mit allen Massnahmen, dann ist auch mit einer angemessenen Steuerfusserhöhung tatsächlich eine Steuerfusserreduktion als Total nach wie vor eine Realität. Der Aufwand von 10,57 Milliarden Franken mit einem Defizit von rund einer halben Milliarde Franken entspricht nicht gerade dem, was man sich so wünscht. Es gilt aber anzumerken, dass die Ausgaben oder die Stellenzahl für sich alleine keine vernünftigen Indikatoren sind. Viel wesentlicher ist ja letztlich der Saldo, das heisst die Differenz zwischen

Aufwand und Ertrag. So kann es zum Beispiel durchaus Sinn machen, einige Steuerbeamte mehr einzustellen, wenn dadurch der Steuerertrag steigt und der Saldo sich verbessert. Hier wünsche ich mir, dass gerade Leute aus dem bürgerlichen Lager und aus den Wirtschaftskreisen wieder einmal auf den Boden der Realität zurückkehren und diejenigen Indikatoren als Massstab nehmen, die auch relevant sind, und nicht diejenigen, die sie sich gerne wünschen, obwohl sie nur Plattitüden sind. Die EVP auf jeden Fall ist bereit, diesbezüglich mitzuhelfen, dass die Aufwandsteigerung im Rahmen von Leistungsüberprüfungen gebremst und unsinnige Massnahmen im neuen Sparprogramm so verhindert werden können. Parallel dazu ist aber die Einnahmenseite anzupassen und der Fokus, wie gesagt, wieder auf den Saldo zu konzentrieren. Und auch das sei gesagt: Für die EVP haben Steuern den Sinn, einen funktionsfähigen Staat zu erhalten, welcher den Ärmsten hilft, sozialverträglich ist und auf Umwelt und Natur Rücksicht nimmt. Hier auf die Nachhaltigkeit zu verzichten, wäre eine Bankrotterklärung und würde die Stabilität unseres Landes in Frage stellen. Und wenn das geschieht, ist wohl auch unser Wohlstand in Frage gestellt.

Viel mehr als ein Defizit, welches ja in wirtschaftlich angespannten Zeiten auch in anderen Staaten kommt, ist, wenn wir schauen, dass wir hier mehr Effizienz heranbringen.

Die EVP wird dem regierungsrätlichen Vorschlag im Grundsatz zustimmen, weil wir anerkennen, dass die Regierung ernst macht mit dem Sparen. Sie ist bereit, zu Saldoverbesserungen beizutragen, dies ganz im Gegensatz zur bürgerlichen Minderheit. Wir lehnen im Sinne eines Sparbeitrages Erhöhungsanträge zum Beispiel bei der Prämienverbilligung der Krankenkassenbeiträge von 80 auf 100 Prozent ab. Wir sind aber im Grundsatz selbstverständlich nach wie vor für solche Erhöhungen, wissen aber, dass wir es uns im Moment nicht leisten können. Wie lehnen aber auch die Kürzungsanträge der SVP ab. Bei den Minderheitsanträgen unterstützt die EVP einige wenige kleine Anträge mit grundsätzlicher Signalwirkung im Bereich Landschaft und Natur und im Mittelschulbereich. Die EVP geht davon aus, dass die Regierung weiterhin der Aufwandseite prioritäre Aufmerksamkeit schenkt, dass sie die Einnahmen aber bei der nächsten Steuerfussdiskussion ebenfalls in die Diskussion bringt. Die mittelfristige Planung muss optimiert werden und wir hoffen, dass die Regierung und der neue Finanzdirektor mit den Fraktionen weiterhin einen offenen Dialog pflegen. Das Staatspersonal ist für den Verzicht auf die generelle Lohnkürzung dankbar. Was

die strukturelle Revision bringt, vermögen wir heute noch nicht zu beurteilen. Eines sei aber klar gesagt: Wir unterstützen sie nur, wenn sie sozialverträglich und auch mit einer Steuerfussanpassung verbunden ist. Zusammenfassend kann ich sagen, dass die EVP den Voranschlag 2005 mit kleineren Korrekturen mit Signalwirkung unterstützen wird. Die EVP will die Gewerbebetrieben und KMU nicht wegen der bisherigen verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der Ratsmehrheit die Suppe auslöffeln lassen und ist nicht bereit, dieses Budget nicht anzunehmen. Die EVP geht von einer sozialen und umweltverträglichen Sanierung der Schuldenwirtschaft aus, die auch eine massvolle Steuerfusserhöhung beinhaltet. Wir werden den Rückweisungsantrag der SVP nicht unterstützen. Er ist auch mit einem Namensaufruf nicht aussagekräftiger. Ein Teil der stimmt zu, weil er sparen will, ein Teil, weil er erhöhen will; das ist eine Nullnummer, wir lehnen sie ab.

*Ratspräsidentin Emy Lalli:* Es haben nun alle Fraktionsvertreterinnen und -vertreter ihre Voten abgegeben. Ab jetzt gilt eine Redezeit von fünf Minuten. Ich habe im Moment 19 Votantinnen und Votanten auf der Rednerliste. (*Unruhe im Saal.*)

*Thomas Maier (Grüne, Dübendorf):* Mit Besorgnis verfolgen wir Grünliberalen die Finanzentwicklung unseres Kantons und damit auch den KEF 2005 sowie das nun vorliegenden Budget. Die vor allem von den Bürgerlichen durchgeboxten Steuersenkungen, Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Abschaffung der Handänderungssteuer und Senkung der Unternehmenssteuer hinterlassen auch im Voranschlag 2005 ihre deutlichen Spuren.

Zur Vorbereitung auf diese Debatte habe ich etwas in alten Protokollen des Kantonsrates geschmökert, eine spannende Informationsquelle auf sprichwörtlich Tausenden von Seiten. Dabei musste ich feststellen, dass uns auch dieses Jahr eine Wiederholung des fast schon traditionell unnötigen Spiels droht: Rückweisung und Ablehnung der Anträge durch die SVP, ohne wirklich tiefgreifende Verbesserungsvorschläge zu präsentieren. Manchmal kommt es mir so vor, als versuchten hier einige, diese riesigen Kreuzfahrtschiffe mit ein, zwei kleinen, gross geredeten Aussenbordmotörchen ein paar Millimeter auf einen vermeintlich besseren Kurs zu bringen, ein Unterfangen ohne grosse Erfolgsaussichten!

Schauen wir uns das Budget etwas differenzierter an! Wir Grünliberalen wollen einen Staat und ein Budget, das unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlässt. Der Staat soll wie ein normales Dienstleistungsunternehmen funktionieren: leistungsfähig und auf Kernaufgaben konzentriert. Dazu gehören für uns alle Aufgaben im Rahmen der Versorgungssicherheit der Bevölkerung, zum Beispiel öffentliche Verkehrsmittel, Wasser, Strom, Bildung oder Umweltschutz. Nachhaltigkeit heisst für uns also auch: Der Staat soll nicht mehr ausgeben, als er einnimmt, und klare Prioritäten bei den Ausgaben setzen. Dies muss auf allen Stufen ein langfristig stabiler Steuerfuss und antizyklisches Verhalten sein. Langfristig wollen wir das Finanzsystem ökologisch umbauen.

Ein paar Punkte aus dem Voranschlag:

Das Eigenkapital schmilzt wie Schnee an der Sonne. Die Verschuldung steigt auf 6,5 Milliarden Franken an im Jahr 2005, wofür wir in etwa 290 Millionen Franken Schuldzinsen bezahlen. Diese Entwicklung lehnen wir ganz klar ab. Damit hinterlassen wir langfristig unseren Nachkommen immense Schuldenberge. Parallel dazu steigt der Personal- und Sachaufwand gemäss KEF fast ungebremst, eine Gerade mit konstanter Steigung nach oben. Nun stellt sich also die viel diskutierte Frage: Wo könnte man sparen? Die Bereiche Umwelt und Natur haben im Sanierungsprogramm 04 bereits überdurchschnittlich zur Verbesserung der Kantonsfinanzen beigetragen. Wir werden Kürzungen hier und auch im ÖV konsequent ablehnen. Grosses Sparpotenzial besteht jedoch weiterhin in den bisher kaum betroffenen Bereichen Strassenbau, Militär und Zivilschutz. Hier müssten konkrete Sparmassnahmen ansetzen. Abläufe sind zu straffen und auch Personalabbau darf kein Tabu sein. Dazu muss der Strassenbau endlich seine vollen, auch externen Kosten tragen. Hier liegen mehrere hundert Millionen Franken drin. Ohne den Mut, auch Königreiche in der Verwaltung ohne Tabus zu durchleuchten, wird sich nichts ändern. Parallel dazu ist so rasch als möglich im Sinne von Opfersymmetrie der Steuerfuss wieder auf 105 Prozent anzupassen und die letzte Senkung vollumfänglich rückgängig zu machen. Es ist nämlich ein Traum, sich an die Hoffnung eines baldigen Wirtschaftsaufschwungs zu klammern, wie dies der Regierungsrat im KEF tut.

Betrachtet man die Anträge der Minderheiten zum Voranschlag 2005 ergibt sich ein äusserst interessantes Bild: Alle relevanten Massnahmen zusammengezählt ergäben 23,5 Millionen Franken, dies bei To-



talausgaben von 10,5 Milliarden Franken; das ist nicht gerade viel. Das Paradoxe daran ist, dass gleichzeitig die gleichen Kreise eine Plafonierung der Ausgaben bei 10,1 Milliarden Franken verlangen und das Budget ablehnen; eine Politik, wie sie widersprüchlicher und polarisierender nicht sein könnte. Entweder kommen von dieser Seite endlich konkrete, einschneidende Massnahmen auf den Tisch, wo der Staat denn welche Leistungen streichen soll, oder sie verzichtet auf ihre unrealistischen Forderungen.

Für uns Grünliberale ist das vorliegende Budget 2005 einfach und klar und für dieses Jahr gegessen. Die erwähnten strukturellen Massnahmen sind im Hinblick auf den Voranschlag 2006 anzugehen. Ohne grosse Korrekturen und Änderungen werden wir das Budget in diesem Sinne genehmigen.

*Ernst Züst (SVP, Horgen):* Wenn ich so in die Runde schaue, (*mehrere Ratsmitglieder verlassen den Saal*) dann stelle ich fest, dass der Kantonsrat einen fortlaufenden Erfolg hat. Ich rede jetzt einfach noch zum Budgetprozess.

In einem sind wir uns wohl einig: Wir wollen doch nicht alle Jahre die gleichen Kalamitäten mit dem Budget. Heute müssen wir leider drei negative Tatsachen zur Kenntnis nehmen:

Erstens: Der Kanton Zürich wird die finanzpolitischen Legislaturziele weit verfehlen. Der mittelfristige Ausgleich der Staatsrechnung ist in Folge der anhaltenden Defizite weiter in die Ferne gerückt. Wenn es unserem Kanton Zürich nicht gelingt, die Staatsfinanzen zu sanieren, ist das Triple A (AAA) weg. Ein Verlust der Bestnote führt zwangsläufig zu höheren Schuldzinsen.

Zweitens: Die NFA verursacht dem Kanton Zürich eine jährliche Zusatzbelastung von 220 Millionen Franken. Der Gegenwartswert dieser Generationenschuld beläuft sich auf rund 4 Milliarden Franken. Dies entspricht in etwa dem Eventualguthaben des Kantons Zürich gegenüber der Schweizerischen Nationalbank aus überschüssigen Goldreserven und den erwarteten Zusatzausschüttungen. Die über Jahrzehnte angesparte Anwartschaft ist also schon wieder dahin.

Drittens: Auf Grund der Finanzplanung ist in zwei Jahren mit einem Finanzfehlbetrag im Staatshaushalt zu rechnen. Unter Ausklammerung der Mehrwerte bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich und der

6162

Zürcher Kantonalbank ist damit auch das tatsächliche Eigenkapital der Staatsrechnung aufgezehrt.

Trotz dieser Tatsachen torpediert die vereinigte Linke überfällige Sanierungsmassnahmen und verhindert Kostensenkungen. Sie bewirkt damit riesige Defizite, die in die Schuldenfalle führen. Sie sieht das Heil nur in Steuererhöhungen und damit verlieren wir dann die Standortvorteile. Wollen Sie noch mehr Firmen nach Zug verlegen, die dort ihre Steuern bezahlen und nicht mehr im Kanton Zürich?

Was ist zu tun, um den Schiffbruch der Staatsfinanzen noch zu vermeiden? Der Budgetprozess ist grundlegend zu ändern. Wir wollen doch nicht alle Jahre wieder im letzten Quartal in den kantonsrätlichen Kommissionen eine Sisyphusarbeit erledigen und in der Adventszeit ein Budgettheater mitmachen. Nach fünf Jahren Verwaltungsreform ist uns wohl allen klar, dass der Kantonsrat im Dezember das regierungsrätliche Budget nicht mehr beeinflussen kann. Und hier freut mich, dass die FDP und die Grüne Partei auch realisiert haben, dass wir im Rahmen des CRG etwas machen müssen.

Der Regierungsrat und die Verwaltung können finanzpolitischen Ziele aus eigener Kraft aber auch nicht mehr erreichen. Der scheidende Finanzdirektor Christian Huber muss sein heute abgegebenes Versprechen auf ein besseres Jahr 2006 oder 2007 nicht mehr einlösen. Jetzt hat der Kantonsrat zum Rechten zu schauen. Wir haben die verfassungsmässige Budgethoheit und sind auch das Aufsichtsgremium der Verwaltung.

Ich sehe zwei Sofortmassnahmen: Als erste Massnahme sollte sich der Kantonsrat den im März erlassenen regierungsrätlichen Richtlinien zum Voranschlag 2006 annehmen. Ich sehe hier einen dringlichen Vorstoss und eine Debatte im Kantonsrat spätestens zum Zeitpunkt der Rechnungsabnahme.

Zum Schluss noch eine zweite Massnahme: Im neuen Finanzhaushaltsgesetz, auch CRG genannt, sollte die vorgezogene Einwirkung des Kantonsrates auf den Budgetprozess institutionalisiert werden. Diesbezüglich ist uns der Kanton Graubünden voraus. Gemäss seinem Finanzhaushaltsgesetz legt dort der Grosse Rat die finanzpolitischen Richtwerte für die Erstellung der jährlichen Budgets fest. Auch Globalkürzungen sind dort möglich.

Sie sehen also, dass die von der SVP geforderten linearen Kürzungen doch sinnvoll sind. Packen wir es an und wirken wir im Kantonsrat mit einem vorgezogenen Budgetprozess auf eine Gesundung der Staatsfinanzen ein! Wir wollen doch nicht alle Jahre wieder die gleichen Budgetkalamitäten.

*Erika Ziltener (SP, Zürich):* Der Mehraufwand beim Personal wird im Vergleich zum Voranschlag 2004 mit 76 Millionen Franken angegeben – und jetzt ist natürlich Alfred Heer wieder nicht da –, dieser Betrag muss differenziert werden. Rund 50 Millionen Franken unter dem Titel Aufwandssteigerung sind auf die Bruttoverbuchung des Personalaufwands für Lehre und Forschung am Universitätsspital Zürich (USZ) zurückzuführen. Das USZ verbucht neu die Rückerstattung der Universität für Lehre und Forschung nicht mehr als Minderaufwand, sondern als Ertrag. Die Verrechnung ergibt einen Mehrertrag von rund 50 Millionen Franken bei der Rückerstattung vom Gemeinwesen. Mehrkosten fallen auch bei den Arbeitgeberbeiträgen an die BVK an. Von den rund 50 Millionen Franken, die über das Sanierungsprogramm 04 mit Stellenabbau eingespart werden, fallen 33,6 Millionen Franken für die Finanzierung des Sozialplans im Sanierungsprogramm 04 an. Fazit: Von 76 Millionen Franken können die 50 Millionen Franken und die 33,6 Millionen Franken abgezogen werden. Dem Personal bleibt also unter dem Strich nichts, und das bei einer Teuerung von 1,5 Prozent. Der Griff der Regierung auf die Teuerung war noch vor wenigen Jahren ein Tabu. Sie wurde dem Personal selbstverständlich ausgerichtet. Mittlerweile findet es die Regierung ebenso selbstverständlich, die Teuerung gar nicht oder nur teilweise auszurichten – wie im geplanten 2005 zur Hälfte. Die Folgekosten der Personalpolitik in der Volkswirtschaft und in der Gesundheit sind nicht mitberechnet. Ich bin überzeugt, sie würden dies nach Rechnung der Regierung gewonnen Millionen bei weitem übersteigen. Die Personalpolitik kommt den Kanton nicht nur finanziell, sondern auch menschlich teuer zu stehen.

Der Regierungsrat begründet die Kürzungen auf Kosten des Personals mit der finanziellen Lage des Kantons. Damit bei der verfehlten bürgerlichen Finanzpolitik die Finanzen also nicht vollends aus dem Ruder laufen, bremst er wie jedes Jahr das Personal auf Veranlassung der bürgerlichen Mehrheit aus, sei es über die Streichung der Teuerung, des Stufenanstiegs oder der Beförderung und – zu guter Letzt – mit Lohnkürzungen. Für individuelle Beförderung werden gerade einmal 0,8 Prozent eingesetzt und an Stelle eines Stufenanstiegs hängt das Damoklesschwert einer Lohnkürzung über dem Staatspersonal. Die Politik, immer nur auf dem Buckel des Personals zu sparen und gleichzeitig den Vermögenden Steuergeschenke zu machen, muss zum Eklat führen.

Wir werden uns mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nochmals und nochmals ausgepresst werden, wo es übrigens längst nichts mehr zu pressen gibt.

Im Vorfeld der Budgetdebatte war von der SVP – jetzt sogar mit Rückweisungsantrag –, aber auch von der FDP zu hören, dass der Regierungsrat den Sparauftrag nicht ernst nehme, es passiere ja auch nichts. Das ist meines Erachtens zynisch. Es ist zynisch all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder noch verlieren werden. Es ist zynisch in Anbetracht des Preises, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedes Jahr zahlen, über Lohnkürzungen, nicht erfolgten Teuerungsausgleichen, nicht erfolgten Stufenanstiegen und Beförderungen und so weiter sowie über die Konsequenzen der verschlechterten Arbeitsbedingungen. Es ist auch zynisch gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung, die Überstunden noch und noch zu leisten haben. Es ist ein Skandal, dass die Regierung in der finanzpolitischen Beurteilung mit keinem Wort die Notwendigkeit von mehr Steuereinnahmen erwähnt, sich dafür aber umso engagierter für die Einsparung der 150 Millionen Franken auf Kosten des Personals einsetzt. Denn der Kanton lässt seine gesetzlichen und sozialen Verpflichtungen verkümmern, und so darf es nicht weitergehen.

*Beat Walti (FDP, Erlenbach):* Ich möchte lediglich zum KEF einige Ausführungen machen, damit dieses dicke Buch nicht zu kurz kommt, denn es steckt ja immerhin einige Arbeit darin. Leider beschränkt sich der KEF, wie wir das kennen, auf eine Zusammenstellung der Ist-Zustände und eine Extrapolation dieser Ist-Zustände auf die Zukunft, ergänzt um einige Wünsche und Sorgen in den verschiedenen Direktionen und Verwaltungsabteilungen. Das ist schade, denn damit verfehlt der KEF gerade in dieser betrüblichen Situation, in der wir uns finanzpolitisch befinden, seine mögliche Funktion als Führungs- und Kontrollinstrument. Die Betrüblichkeit der Situation hätte durchaus bereits Eingang finden können in diesen KEF. Es hätten bereits Problemlösungsansätze darin enthalten sein können an Stelle einer blossen Analyse im Detail, wie gross der Fehlbetrag in den nächsten Jahren sein wird, der uns im Rahmen weiterer Sanierungen beschäftigen wird. Diese finanziellen Probleme wären absehbar gewesen, spätestens im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2003, also etwa im März oder April dieses Jahres. Damals war schon völlig klar, dass nach dem

Sanierungsprogramm 04 auf Grund der aktuellen Entwicklung ein neues Loch von 1 bis 1,5 Milliarden Schweizerfranken auf uns zukommt, das es zu füllen gilt, um den mittelfristigen Rechnungsausgleich zu schaffen. Das Entsprechende können Sie den Voten aus der Rechnungsdebatte entnehmen und auch aus dem Votum von Regierungsrat Christian Huber, der das auch bereits angetönt hat. In der Zwischenzeit sind acht Monate Zeit ins Land gegangen. Die Umriss des Massnahmenpakets Haushaltsgleichgewicht 06 sind zwar erkennbar, aber im KEF noch nicht abgebildet, nicht einmal im Sinne von Zielvorgaben. Stattdessen hat man im KEF den Normalfall zelebriert und so getan, wie wenn die Welt allenfalls doch weiterlaufen würde, wie sie früher weitergelaufen ist, und hat eben diese besagte Sammlung von Details angehäuft.

Ich habe kein Verständnis für diese Verzögerung, nicht einmal unter dem Aspekt des laufenden Abstimmungskampfes zum Sanierungsprogramm 04. Denn was wir heute insbesondere zum Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06, also dem nächsten Sparpaket, gehört haben, wäre bestimmt nicht geeignet gewesen, das Sanierungsprogramm in Frage zu stellen, sondern die Bürger hätten umso mehr Freude gehabt zu sehen, dass auch verwaltungsintern erhebliche Sparpotenziale angezapft werden können. Heute haben wir doch einiges gehört zu konkreteren Inhalten. Dafür danke ich Ihnen Regierungsrat Christian Huber, das war interessant. Ich möchte allerdings zwei Dinge zu diesem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 feststellen: Meiner Meinung nach kommt er erstens zu spät – das habe ich eben ausgeführt – und zweitens ist er im Umfang, so meine ich, deutlich ungenügend. Es ist absehbar, dass wir im nächsten Herbst vor einer Rechnung 04 stehen, die in Folge fehlgeschätzter Steuererträge etliches schlechter abschliesst als budgetiert. Und es fällt aus dem Betrachtungszeitraum ein Jahr heraus, das mit 160 Millionen Franken Überschuss abgeschlossen hat, so dass wir wiederum etwa 400 bis 500 Millionen Franken Defizit in der Mittelfristrechnung werden stopfen müssen. Ich möchte Sie ermuntern, diesen Betrag heute schon aufzunehmen, damit wir nicht wieder zwei weitere Jahre ins Land gehen lassen müssen – mit einem neuen Programm, das dann wahrscheinlich MH 08 oder irgendwie sonst heisst.

Was mich auch betrübt am KEF ist die stillschweigende Annahme, dass die NFA-Mehrbelastungen für den kantonalen Haushalt – wie es so

schön heisst – planerisch kompensiert werden mit steuerseitigen Mehrerträgen; das sind bei den angenommenen 240 Millionen Fran-

ken, die auf der Verwaltung geschätzt werden, doch immerhin etwa 5 Steuerprozent, so dass wir bei dieser Prognose, wie sie sich mit dem Sanierungsprogramm 04 und dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 und dem KEF hier darstellt, über Steuererhöhungen nicht von 5 Steuerfussprozenten sprechen, sondern von geschlagenen 10, allenfalls auch 11 Prozent, und das ist doch eine sehr wesentliche Änderung im Vergleich mit den sonst immer genannten Zahlen.

Noch etwas Sachkritik zu den Ausführungen des Finanzdirektors Christian Huber: Ich glaube nicht, dass die einnahmenseitigen Verbesserungen im Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 nötig sind, um die Investitionskürzungen erträglich zu machen – wenn ich Sie hier korrekt zitiere, so hoffe ich –, sondern ich gehe davon aus, dass nicht von echten Kürzungen zu sprechen ist bei Investitionsvolumina, die von 600 Millionen Franken im heutigen Zeitpunkt auf zirka 1 Milliarde Franken für die kommenden Jahre ansteigen. Hier bei den Investitionen werden wir uns wirklich bemühen müssen, auf das Notwendige zu fokussieren, auch wenn es Jahrhundertprojekte sind.

Ich habe echte Mühe, diesen KEF so zur Kenntnis zu nehmen und kann das nur mit diesen genannten Einschränkungen tun, damit ich mir das nicht vorhalten lassen muss.

*Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich):* Auch für die Grünen ist es klar, dass wir staatliche Leistungen laufend überprüfen wollen, denn es ist so, dass sich im Laufe der Zeit Ansprüche und Wünsche verändern, und das gibt so genannte alte Zöpfe. Gerade im Gesundheits- und im Sozialbereich – in Bereichen, in denen wir in diesem Budget und bereits im letzten sehr viel gespart haben – wurden diese Überprüfungen laufend gemacht, nicht zuletzt deshalb, weil immer wieder neue Ansprüche, neue Aufgaben auf diese Bereiche zukommen. Was wir aber klar nicht wollen: Wichtige staatliche Leistungen streichen zu müssen, nur weil dem Kanton mutwillig Finanzen entzogen worden sind. Und wir haben es vorher gehört, in den letzten zehn Jahren wurden bei den Reichsten insgesamt 20 Steuerprozent reduziert. Wir sind wieder in einer Zeit, in der klar zu Gunsten der Reichen umverteilt wird mit verschiedensten Formen von Steuersenkungen. Weder in der Schweiz noch in Zürich sind wir aber überversorgt mit sozialen Einrichtungen. Dass der Sozialbereich steigt, darüber sind wir uns einig. Das ist aber nicht deshalb so, weil immer mehr Wünsche befriedigt



wurden, sondern ganz einfach deshalb, weil mehr Menschen da sind, die beispielsweise oder eben vor allem die Sozialhilfe beziehen müssen. Das ist eigentlich der Skandal! Nicht dass das Budget erhöht wird, sondern dass wir mehr Armut auch im Kanton Zürich haben und nicht dagegen ankämpfen. Das heisst ja eigentlich sogar, dass es einen Teilausbau brauchen würde, und hier ist ja auch eine Initiative im Gange, die armutsbetroffene Familien entlasten will. Soziale Einrichtungen sind leider nicht aus einer Laune des Himmels entstanden, sondern wegen real existierender Probleme, deren Lösung sehr viel zum sozialen Frieden auch hier in diesem Kanton Zürich beiträgt. Das wurde leider in letzter Zeit immer wieder vergessen. Es sind im Gegenteil sogar lautstarke Diskussionen über die Senkung der Sozialleistungen im Gange und im Sozialbereich, beim Existenzminimum, wurde eine solche bereits umgesetzt. Bei einem Einkommen beziehungsweise bei einem Lebensbedarf von 1000 Franken zirka plus Wohnung wurden noch 50 Franken gestrichen, genau dieser minimale Beitrag, der die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen könnte; das ist beschämend.

Ich habe in diesem ehrwürdigen Rat oder auch im Bundesparlament noch keine Diskussion über Existenzmaxima gehört. Es ist doch eigentlich ein Verbrechen, dass jemand in unserem Land – und es sind doch mehrere – 20 Millionen Franken pro Jahr verdienen kann. Ich würde beantragen, dass es ein Existenzmaximum bei den Löhnen geben sollte; das würde heissen: 500'000 Franken pro Jahr. Das ist immer noch mehr, als unser Bundesrat verdient. Ich bin sehr gespannt, wie diese Diskussion aussehen würde und wie viel Geld plötzlich da wäre. Rechnen Sie nur mal aus, wie viele Arbeitsplätze pro Jahr einmal 20 Millionen Franken geben würden! Und es wäre ja nachhaltig, weil die betreffenden Menschen nachhaltig nicht mehr 20 Millionen Franken verdienen würden. Um damit klar zu sagen: Wir sind und stehen hinter unserem sozialen Netz und wir stehen dahinter, dass auch die untersten Menschen würdig leben können. Und wie gesagt, wir diskutieren viel lieber über das Existenzmaximum.

Wir sind ebenso überzeugt, dass im Gesundheitsbereich die Grundversorgung, die wir haben, richtig ist, adäquat ist, beziehungsweise im Pflegebereich sogar etwas ausgebaut werden dürfte. Es gibt wahrscheinlich wenige, die bestreiten würden, dass wir, wenn wir im Spital liegen, es sehr schätzen, wenn wir gut betreut werden; und da ist vor allem auch die Pflege gemeint. Es ist sogar bei herztransplantierten Menschen so, dass sie am Schluss die Pflege brauchen, um wirklich

gesunden zu können. Von daher ist es für uns klar, dass wir die Aussicht bekämpfen, die im KEF formuliert wurde, auch tendenziell eine Zweiklassenmedizin vorhersagt – mit einer Stagnation beziehungsweise sogar einen Abbau bei den Allgemeinversicherten und einem ständigen Ausbau wieder bei den Reichen, also bei denen, die es ohnehin schon haben.

Zum Abschluss: Wir stehen zwar hinter einem guten Sozialbereich, hinter einem guten Gesundheitsbereich, und sind bereit, an andern Orten zu sparen, beispielsweise – um im Gesundheitsbereich zu bleiben – im extremen Bereich der Spitzenmedizin. Es ist ja widersinnig, diese immer wieder auszubauen, aber am Schluss bei der Pflege zu sparen. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

### *Ordnungsantrag*

*Katharina Weibel (FDP, Seuzach):* Nachdem ich nun eben gehört habe, dass noch 16 Rednerinnen und Redner auf der Liste stehen, gehe ich davon aus, dass sämtliche Argumente dann auf dem Tisch liegen werden. Ich beantrage Ihnen,

*die Rednerliste zu schliessen.*

### *Abstimmung*

**Der Ordnungsantrag von Katharina Weibel wird von einer offensichtlichen Mehrheit der Ratsmitglieder unterstützt.**

Die Rednerliste ist geschlossen.

*Theo Toggweiler (SVP, Zürich):* Der Kanton Zürich hat Schulden, das geplante Jahresergebnis ist minus eine halbe Milliarde. Wer die Verschuldung des Bundes von bald 140 Milliarden Franken und die der Kantone von über 100 Milliarden Franken nicht ernst nimmt, leidet unter einem totalen Realitätsverlust. Und es ist ein Unfug, wenn jemand glaubt, man könne dann einfach Gelder einziehen und das irgendwie so machen, wie Katharina Prelicz das gesagt hat. Vielleicht sagen diese Leute, «nach uns die Sintflut, die nächste Generation soll zahlen».

Nun zum Budget: Dieses ist einmal mehr wenig transparent. Viele Leistungsindikatoren sind fragwürdig und die Zahlen lassen kaum eine Beurteilung zu, wie seriös überhaupt budgetiert worden ist. Wie viel Reserven sind eingebaut worden, damit man eben Rücklagen machen, diese ausweisen und dann auch die Einmalzahlungen vornehmen kann? Auf Fragen erhält man wohl Auskünfte von der Verwaltung, trotzdem herrscht einmal mehr der Tenor, für Kürzungen sei es sowieso schon zu spät. Was heisst das de facto? Der Kantonsrat hat zwar die Budgethoheit, aber der Regierungsrat hat den Kantonsrat mit der Globalbudgetpräsentation praktisch entmachtet. Wahrscheinlich will der Regierungsrat einfach alles selber machen und bestimmen; das wäre eine Erklärung dafür, dass Regierungsrat Christian Huber im Voraus gleich zu Beginn schon gesprochen hat. Ich möchte daran erinnern: Wir kennen die Gewaltentrennung seit der Französischen Revolution.

Können Sie einem Budget zustimmen, an dem sich nichts mehr ändern lässt? Hat sich damit der Kantonsrat nicht zu einem Ja-Sager-Gremium entwickelt? Weil er da nichts mehr zu sagen hat, wäre die Frage, warum wir weiterdiskutieren. Nun, die Einführung des Controllings und des New Public Managements hat sehr, sehr viel Geld gekostet. Was hat es uns aber gebracht? Es hat uns Ausgaben gebracht. Kosten und Verschuldung nehmen seither ständig zu. Nach sechs Jahren New Public Management und Controlling stehen wir finanziell schlechter da als je zuvor. Es nützt nichts, wenn Regierungsrat Christian Huber jetzt grosse künftige Erfolge ankündigt, was er alles erreichen wird. Das hilft ihm zu einem grandiosen Abgang, also ich muss sagen, «die Botschaft hör ich wohl...» – den Refrain kennen Sie.

In unserem Budgetprozess ist es halt eben so, dass die Budgets nach wie vor von unten nach oben berechnet werden. Neue Wünsche und Begehren wie auch Wachstumsehrgeiz werden berücksichtigt. Es wird zu wenig zwischen Notwendigem und Wünschbarem unterschieden. Ebenso wurden die Prozessabläufe bisher zu wenig optimiert. Im Controlling hat die Verwaltung zwei sehr wesentliche, wichtige Voraussetzungen, die zum Erfolg führen, nicht begriffen: Das eine, es wurde zwar schon leicht angetönt: Wenn Sie ein Controlling optimal umsetzen wollen, dann braucht es eine Verbesserung der internen Organisation. Heute haben wir eine sehr komplexe Multi-Level-Matrix mit sehr, sehr vielen Ebenen. Und unsere Organisation der kantonalen Verwaltung ist an sich wie ein Christbaum: Da wird immer wieder

etwas angehängt – da gibt es einen Kommunikator, da gibt es einen Controller, dort eine Stelle für Öffentlichkeitsarbeit, und so weiter –, es wird also immer grösser, entwickelt sich völlig unstrukturiert. Und dann kommt Weihnachten, wir machen das Budget und dann haben wir dann genau diese Bescherung, die wir jetzt haben. Nicht nur das Controlling ist eine Führungsfunktion, sondern das Umsetzen des Controllings ist eine Führungsaufgabe. Seitens des Regierungsrates müssen der Verwaltung ganz klare Vorgaben gegeben werden, indem man zum Beispiel sagt, «wir wollen nur Ausgaben von 10,1 Milliarden Franken», und von dorthin muss rückwärts gerechnet werden. Der Regierungsrat – das ist seine Aufgabe – muss das durchsetzen, dafür wird er auch bezahlt.

Nun noch kurz Folgendes: Das Budget, das wir haben, ist im Grunde genommen eine Achterbahn; das geht immer auf und ab. Da haben wir das Sanierungsprogramm 04, dann haben wir ein Minus im Jahr 2005 und dann kommt wieder ein Sparprogramm. Das kommt mir vor, wie ...*(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

*Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil):* Die Wirtschaft wächst zwar wieder, aber es reicht nicht für mehr Arbeitsplätze. Denn das Wachstum ergibt sich aus der Erhöhung der Produktivität. Diejenigen, die Arbeit haben, leisten aus Angst vor Arbeitslosigkeit mehr. Sie konsumieren gleichzeitig weniger, denn fürs Geldausgeben fehlt das Vertrauen in die Zukunft. Für einen dauerhaften Aufschwung braucht es aber Kauflust und natürlich auch Kaufkraft. Und mit einer mutigen Finanzpolitik könnte der Staat das Vertrauen in die Konjunktur stärken und einen nicht unwesentlichen Beitrag an die Erholung des Arbeitsmarktes leisten. Und was fordern Sie? Das Gegenteil, weitere massive Spar- und Abbaurunden; Stellenabbau, Lohnabbau, Leistungsabbau – Abbau, wohin das Auge reicht. Während die Wirtschaft ihren Arbeitnehmenden immerhin die Teuerung ausgleicht, müssen sich die rund 40'000 Staatsangestellten mit der Hälfte begnügen; ein gravierender Kaufkraftverlust von rund 30 Millionen Franken! Wir werden den Antrag auf vollen Teuerungsausgleich stellen in dieser Debatte.

Habe ich vorhin eine weitere Sparrunde gesagt? Bereits liegt das Sanierungsprogramm vor, der Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06. Weitere Sparpakete sind absehbar. Solange, Beat Walti, sich die Mehrheit in diesem Saal weiterhin weigert, den Haushalt auch mit

Steuererhöhungen auszugleichen, wird es nicht gelingen, den Staatsetat in Lot zu bringen. Und die Abwärtsspirale zur Aushungerung des Staatswesens wird sich weiter drehen, mit weiterem massivem Leistungsabbau in allen Bereichen und mit den Löhnen von 150 Millionen Franken im nächsten Jahr. Eines ist da sicher: Da wird die Qualität des Service public demontiert. Die Einsparungen schenken momentan ein, der Schaden aber belastet die kommenden Generationen und die Wirtschaft nachhaltig.

Die SP bekämpft mit aller Kraft die Politik des Staatsabbaus, den die bürgerliche Mehrheit weiterhin und ungebremst durchzieht, obwohl sie das Referendum gegen das Sanierungsprogramm 04 nur ganz knapp gewonnen hat. Die Leitlinien der SP-Finanzpolitik bilden einen diametralen Gegensatz zur Strategie der SVP. Die SVP erhebt die Aushungerung des Staates und die Senkung der Steuern zum obersten Zweck ihrer Politik. Die neoliberale Auffassung, dass Staatsabbau und Steuer-senkungen zu mehr Wohlstand für alle führen, bestreiten wir vehement. Das Gegenteil ist der Fall, eine florierende Wirtschaft braucht das ganze Potenzial gut ausgebildeter Menschen, eine zuverlässige Infrastruktur und einen effizienten Staat. Wir verlangen deshalb die Sicherstellung des sozialen Ausgleichs statt Umverteilung von unten nach oben, und das heisst die 100-prozentige Ausschöpfung der Prämienverbilligung. Wir fordern echte Qualitätssteigerung in der Aus- und Weiterbildung statt Erhöhung der Klassengrössen in der Volksschule und Abbau in den Mittelschulen. Wir machen nicht mit, wenn die bürgerliche Mehrheit die kantonalen Liegenschaften der Verlotterung überlassen will, statt dem darbenden Gewerbe Unterhaltsaufträge zu geben. Und wir setzen auf mehr Steuergerechtigkeit in Bund und Kantonen.

*Urs Hany (CVP, Niederhasli):* Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass sich während den vergangenen Monaten die Wirtschaftssituation für Gewerbe, Industrie und Handel stabilisiert, ja teilweise leicht verbessert hat. Diesen Trend gilt es nun zu fördern und ihm zu einem klaren Durchbruch zu verhelfen. Insbesondere für die KMU ist Wirtschaftswachstum und somit wachsendes Auftragsvolumen nach den vergangenen schwachen Jahren überlebensnotwendig und existenzhaltend. Eine gesunde Wirtschaft braucht Wachstum und vor allem eine positive Ertragslage. Das führt zu Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen, der positive Kreislauf kann sich schliessen. Diese Aussage ist

nicht neu, stammt nicht von mir und ist letztendlich simpel und einfach zu verstehen. Der Glaube an Wachstum und positive Ertragslage fördert insbesondere bei den KMU den Willen und die Bereitschaft, Arbeitsplätze in schwierigen Zeiten zu erhalten und in guten Zeiten zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Damit Stabilität und Wachstum entstehen oder gewährleistet werden, kann und muss der Staat, die öffentliche Hand, entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, aber auch einen aktiven Beitrag leisten. Jede arbeitende Person in unserem Land, in unserem Kanton ist daran interessiert, so wenig Steuern und Abgaben zu bezahlen wie möglich. Weit mehr interessiert sind wir alle aber, dass wir zuerst Geld verdienen. Erst dann müssen wir auch Steuern bezahlen. Folgerichtig ist es falsch, in schwierigen Zeiten die Steuern zu senken und somit dem Staat die Mittel für Investitionen zu entziehen oder zu schmälern. Staatliche und private Investitionen sind der Motor für Stabilität und Wachstum. Ebenso folgerichtig ist es, dass der Staat auch in schlechten Zeiten bezüglich Investitionstätigkeit eine wegweisende, vertrauenserhaltende Haltung einnimmt. Er muss investieren, ja, er muss sogar die Investitionstätigkeit erhöhen. Dazu braucht er heute ein Budget, dazu braucht er auch Geld. Ist Geld nicht oder zu wenig vorhanden, braucht es Sparmassnahmen und Steuererhöhungen. Beides hat unsere Regierung in Aussicht gestellt und dazu sage ich klar Ja. Heute brauchen wir ein Budget, heute brauchen wir die Umsetzung des Sanierungsprogramms 04, morgen brauchen wir den Massnahmenplan und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Steuererhöhung. Eine solche Politik wird letztendlich verstanden und auch akzeptiert; Ausnahmen bestätigen die Regel – sprich SVP.

Im Wissen darum, dass ich erst dann Steuern bezahlen muss, wenn ich auch Geld verdiene, bin ich folgerichtig auch bereit, mehr zu bezahlen, sofern der Staat mittels Investitionen seinen Beitrag zu Stabilität und Wachstum leistet. Ein letztes Mal folgerichtig: Ich sage heute und jetzt Ja zum vorliegenden Budget, ohne Veränderungen nach oben wie nach unten.

*Hansueli Züllig (SVP, Zürich):* Mit grösster Sorge verfolgen wir die Entwicklung der Finanzen unseres Kantons. Ich sage bewusst «wir», weil ich der festen Meinung bin, dass alle hier drin den Ernst der Lage erkannt haben, nur geben Sie dies in der Öffentlichkeit nicht zu und spielen die Situation laufend herunter. Alle reden vom Sparen, aber

niemand tut es, weder Sie noch die Regierung noch die Verwaltung. Einmal mehr starten wir heute eine Budgetdebatte, welche auf wenige Hoffnungsträger gebaut ist. Wir alle hier drin wissen ganz genau, die Regierung und Sie, meine Damen und Herren von allen Parteien, wir alle wissen, dass wir in äusserst schlechten Zeiten stecken, dass unsere Finanzhaushalte, nicht nur im Kanton Zürich, sondern auch im Bund und in vielen Gemeinden, stark angeschlagen sind. Eine Verbesserung der Situation ist nur schwer auszumachen. Die Aussagen vom Totsparen, Leistungsabbau et cetera sind natürlich völlig falsch und entsprechen nicht der Wirklichkeit. Tatsache ist, dass der Staat in den letzten Jahren immer mehr Geld ausgegeben hat. Die Einnahmen sind trotz Steuersenkungen in den letzten Jahren gestiegen und nicht gesunken, auch wenn diese gerade jetzt infolge der Rezession etwas zurückgegangen sind. Tatsache bleibt ferner, dass der Kanton Zürich seine Finanzen sanieren muss. Tatsache bleibt aber auch, dass dies ausschliesslich über den Aufwand zu erfolgen hat, da dieser in den letzten Jahren enorm gestiegen ist.

Der Voranschlag für das kommende Jahr zeigt einmal mehr ganz klar auf, dass die Ursachen für die finanziellen Probleme auf der Aufwandseite, das heisst auf der Kostenseite der letzten Jahre zu suchen sind. Das immer noch über mehrere Jahre hinaus ungebremste Ausgabenwachstum trägt die Schuld an dieser katastrophalen Situation. Wir leben über unsere Verhältnisse, und dies wollen viele verdrängen. Verdrängung ist aber keine Lösung. Dies geht eine Zeitlang gut, bis dann der endgültige Kollaps eintritt.

Seit Jahren haben wir von der SVP vor einer weiteren Aufblähung des öffentlichen Haushaltes gewarnt. Wir haben immer wieder gefordert, dass der Defizitwirtschaft Einhalt geboten werden muss und Gesetze korrigiert werden müssen. Seit 1999 stellt die SVP immer wieder konsequent und beharrlich, aber auch begründet Forderungen auf, welche zur Verbesserung des Staatshaushaltes geführt hätten. Ich erinnere nur kurz und auszugsweise an erstens diverse Reduktionen des budgetierten Aufwands, zweitens Senkung der Staatsquote, drittens Plafonierung von Staatsausgaben auf frühere Jahre, viertens Plafonierung von Gesamtlohnsummen, fünftens Senkung von Steuern, Gebühren und Abgaben.

In den kommenden Jahren werden die Steuererträge auf Grund der schlechten konjunkturellen Lage jedoch wesentlich weniger sprudeln. Für den Staatshaushalt heisst das, dass wir in den nächsten Jahren nur

noch Defizite produzieren werden. Dies führt dazu, dass die Verschuldung weiter in einem nicht mehr vertretbaren Ausmass steigen. Die Wirtschaft muss wachsen, und nicht der Staat. Unser Ziel ist klar definiert: Wir wollen weiterhin Steuern senken und die Ausgaben plafonieren oder teilweise gar zurückführen. Wir halten deshalb auch künftig an unseren Forderungen fest, auch wenn wir dabei immer wieder von allen Seiten angegriffen werden. Je länger Sie mit einem konsequenten und knallharten Sparen warten, desto schmerzlicher, brutaler und sozialunverträglicher werden die Massnahmen später sein; Massnahmen, die an unserer Bevölkerung nicht mehr so einfach und spurlos vorübergehen.

Zum Schluss möchte ich Sie an dieser Stelle einmal mehr daran erinnern, dass wir in der Vergangenheit schon mehrmals in diesem Rat davon gesprochen haben, dass wir eines Tages die Löhne für unser Personal nicht mehr bezahlen können und es zu grossen Lohneinbussen und Entlassungen kommen wird. Die SVP zieht ihren vor Jahren eingeschlagenen Weg konsequent durch und wird weiterhin damit beim Volk glaubhaft bleiben. Auch wenn keine Wahlen anstehen, verteidigen wir unsere Politik und müssten somit ernst genommen werden. Wir werden uns auch inskünftig nicht unter Druck setzen lassen, der Souverän hat uns einen Auftrag gegeben.

*Dorothee Jaun (SP, Fällanden):* Ich bin froh, dass offenbar in dieser Budgetdebatte die realpolitische Klugheit über die Schlagwortpolitik der SVP gesiegt hat beziehungsweise siegen wird. Es ist auch erfreulich, dass die FDP die undifferenzierte und unrealistische Aufwandreduktionsforderung der SVP von über 400 Millionen Franken nicht mitträgt. Denn die SVP fordert einmal mehr – das erleben wir nun schon seit Jahren – eine Aufwandreduktion, ohne ihrer Klientel und ohne der Bevölkerung sagen zu wollen, wo sie denn noch sparen will. Das zeigt, dass die SVP fähig ist, Opposition zu machen, aber sie ist offensichtlich nicht fähig, Regierungsverantwortung zu tragen. Es ist lächerlich, wenn Werner Bosshard darüber jammert, dass der mittelfristige Ausgleich durch Aufwandreduktionen nicht geschafft worden sei, und es ist genauso erstaunlich, wenn Ernst Züst über den Verlust des Triple-A jammert, denn schuld an diesen beiden Fakten ist immer noch die Steuerreduktion von vor drei Jahren. Und jeder, der realistische Finanzpolitik macht, wusste schon damals, dass dies nicht gehen wird.



Und es ist erstaunlich, dass in diesem Saal immer noch von einer exorbitanten Aufwandsteigerung gejammert wird. Wenn man nämlich den Aufwand der letzten vier Jahre wirklich analysiert, dann ist dieser seit 2001 um ganze 265 Millionen Franken gestiegen; das entspricht ziemlich genau dem Bevölkerungswachstum im Kanton Zürich. Mit anderen Worten heisst dies: Die Ausgaben des Kantons pro Kopf der Bevölkerung sind in den letzten vier Jahren real gleich geblieben, nämlich bei ungefähr 8200 Franken, aber teuerungsbereinigt sind sie gesunken auf 7700 Franken, nämlich um 500 Franken pro Kopf dieser Bevölkerung. Und wenn Ihre Forderung wahrgemacht würde, dann müssten die Pro-Kopf-Ausgaben um 900 Franken gesenkt werden. Es ist mir schleierhaft, wie Sie das erreichen wollen. Ich bin immer noch interessiert, welche Leistungskürzungen Sie denn noch für verantwortbar halten, um Ihre Politik wahr zu machen. Wir alle wissen nämlich, wo die zukünftigen Einsparungen gemacht werden, bei den grossen Brocken unserer Ausgaben: 30 Prozent des Kantonsausgaben werden für Bildung ausgegeben und ungefähr 20 Prozent für die Gesundheit; da müsste wieder gespart werden.

Wir wissen auch, wo das Geld, das dort bei der Bildung und bei der Gesundheit gespart wird, hinfliesst: immer noch zu den Wohlhabenden, die keine Erbschaftssteuer mehr zahlen und die von den Steuersenkungen der letzten Jahre profitiert haben. Wir sind überzeugt, dass die Grenze des Leistungsabbaus und dieser Umverteilung heute erreicht ist. Die SP wird zwar, wie unser Fraktionssprecher erwähnt hat, aus realpolitischer Klugheit dem Budget zustimmen, sofern es so bleibt, wie es heute ist. Aber wir werden weiteren Leistungsabbau und weitere Sparmassnahmen beim Personal mit aller Kraft bekämpfen, denn die bürgerliche Finanzpolitik hat eine Entwicklung eingeläutet, die nicht weiter voranschreiten darf.

*Peter Good (SVP, Bauma):* Ich zitiere aus Budgetprotokollen: «Ein Budget muss hinterfragt und erkämpft werden. Ein Finanzdirektor muss in der Budgetphase bei seinen Kollegen unpopulär sein wollen.» Oder: «Eine solche Arbeit ist kein Budget.» Und weiter: «Es ist aber festzustellen, dass das Budget 2001 in der Qualität nicht besser ist, als das Budget 2000 war. Damals hat der Regierungsrat aus eigener Einsicht diese lausige Leistung zurückgezogen. Diesmal konnte er sich nicht einmal dazu aufrufen. Wir haben den Regierungsrat wiederholt aufgerufen, ein seriöses und ausgeglichenes Budget zu präsentieren.

Wo ist die Besinnung auf die wirklich notwendigen Kernaufgaben und nur das dafür zuständige Personal?»

Diese Worte stammen aus dem Jahr 2000, und nicht etwa aus dem Munde eines SVP-lers, sondern – Sie werden es kaum glauben – vom damaligen Fraktionspräsidenten der FDP, Balz Hösly. Und im Jahr 2002 hiess es von Seiten der FDP: «Die Regierung aber hat über Jahre weder die gemeinsame Kraft gefunden, den Kanton Zürich strukturell zu sanieren, noch ist es dem Finanzdirektor Christian Huber gelungen, diesen Prozess mit Hartnäckigkeit und Durchsetzungskraft anzugehen. Ernst gemeinte Vorschläge des Parlamentes und der Freisinnigen wurden von der Regierung in den Wind geschlagen oder ins Absurde gezogen. Ich warne die Regierung vor solchen Spielen. Am finanzpolitischen Horizont zieht Sturm auf. Sie werden nur in einem Vertrauensverhältnis mit diesem Rat und mit einem rechtzeitig geführten Dialog ihre Aufgabe erfüllen können. Hüten Sie sich bitte auch davor, FDP und SVP gegeneinander auszuspielen – Klammer: Heiterkeit. So deutliche Differenzen diese beiden Parteien haben, so einig sind sie sich in der gemeinsamen Stossrichtung des Masshaltens von staatlicher Tätigkeit.» Heute heisst es von der FDP nur noch: «Es liegt alles bei Huber.» Ich frage mich: Was ist los mit der FDP?

Was sagte nun während der letzten Legislatur die CVP? Bei dieser Partei kann ich mich auf noch weniger Zitate beschränken, nachdem ja jeder hier im Saal weiss, dass diese Partei am konsequentesten inkonsequent ist. Aber auch die CVP hielt mit grossen Worten nicht zurück. So wurde vom Fraktionssprecher damals festgestellt: «Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Ich erlebe heute meine zehnte Debatte bezüglich Budget und meine vierte bezüglich Steuerfuss. Ich sage Ihnen ehrlich: Mir graut es fast vor diesen nächsten Tagen. Seit 1992 haben diese Debatten wenig Substanz beinhaltet, dafür umso mehr sinnlose Redeschlachten und Nullsummenspiele. Gespart wurde in all diesen Jahren trotz anders lautender Bekenntnisse kaum.» Wie Recht er doch hat, unser guter Lucius Dürri! Und weiter: «Eine Kurzanalyse der allgemeinen Lage zeigt klar, dass wir uns in einer schwierigen Situation befinden. Die Wirtschaft bekundet Mühe, Arbeitsplätze gehen verloren, Firmen werden geschlossen, einige Branchen beklagen eine eigentliche Rezession. Die Finanzlage der öffentlichen Hand, insbesondere im Kanton Zürich, ist unerfreulich; die Perspektiven sind negativ. Eine Konzentration der Mittel und die Festlegung klarer Prioritäten ist unabdingbar.» Und so weiter und so fort.

Die CVP war aber allen grossen Sprüchen zum Trotz immer dabei, wenn es darum ging, zusammen mit der Linken den Aufwand zu erhöhen. Nun, im Mai 2004 wollte die SVP – vermutlich angetan vom Frühlingserwachen oder weiss der Teufel warum – mit CVP und FDP nochmals einen letzten Versuch unternehmen. Wir verhandelten mit CVP und FDP, um uns schliesslich zu einigen, gemeinsam ein Dringliches Postulat einzureichen, welches von der Regierung unmissverständlich eine Aufwandplafonierung bei 10,1 Milliarden Franken verlangte. Die Botschaft des frühzeitig eingereichten Postulates war klar: Maximal 10,1 Milliarden Franken Aufwand oder kein Budget! Die himmeltraurigen Finanzaussichten unseres Kantons einerseits sowie ein Defizit von 619 Millionen Franken im vergangenen Jahr andererseits waren Begründung genug. Nur, die Regierung nahm unser Postulat nicht ernst. Warum sollte sie auch? Vielleicht haben die Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte die Budgetprotokolle durchgelesen, genau so, wie ich das gemacht habe. Somit war vermutlich im Regierungsrat die Erkenntnis rasch gereift, dass von den unterzeichnenden Postulanten ausser den SVP-lern nicht mancher standhaft bleiben wird. Der Regierungsrat schätzte Sie, meine lieben Freunde von CVP und FDP mehrheitlich richtig ein. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

*Max F. Clerici (FDP, Horgen):* Wie sagt der Volksmund doch so schön? «Was du heute kannst besorgen, verschiebe nicht auf morgen.» Der Kanton Zürich hat ein Ausgabenproblem. Die Einnahmen sind stetig gestiegen, der Kanton Zürich lebt über seine Verhältnisse. Die logische Konsequenz wäre zumindest ein ausgeglichenes Budget, sicher nicht eine weitere Aufwandssteigerung und ein Vertrösten auf eine Haushaltssanierung 2006, notabene mit einer Steuerfusserhöhung. Diese wird von mir persönlich entschieden abgelehnt. Die Diskussion nehmen wir bereits heute zum Teil auf. Von da tönts nach Klassenkampf, von da tönts nach «ich zahle gerne Steuern». Meine Heimat ist das linke Zürichseeufer; wir sind nahe bei Zug und Schwyz und da ist echt der Steuerwettbewerb in vollem Gange.

Immer wieder wird von der Regierung betreffend ihre Sparbemühungen auf die exogenen Faktoren hingewiesen. Ehrlicherweise müsste aber auch mitgeteilt werden, wo so genannte Sparanstrengungen sind und dass dies teilweise nur Verschiebungen auf die Gemeindeebene bedeutet. Hier liegt ein Budget vor, bei dem die finanziellen Konse-

quenzen von unseren Kinder und der nächsten Generation zu tragen sind.

Deshalb plädiere ich für eine Rückweisung. (*Bravo-Rufe und Beifall in den Reihen der SVP.*)

*Heinrich Frei (SVP, Kloten):* Die im Verantwortungsbereich von Baudirektorin Dorothee Fierz liegenden Bereiche sind kritisch auf Kosten und Nutzen zu überprüfen. Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) muss die Gesundheits- und die Umweltbereiche in unserem Kanton beaufsichtigen. Dies kann nicht mit möglichst vielen, unnötigen und teuren Personen und Vorschriften erfolgen, sondern mit einer guten und sinnvollen Führung. Ebenso ist die Altlastenproblematik mit straffer Führung durch die Baudirektorin zu regeln. Die Aufgabe des Tiefbauamtes und des Strassenfonds ist, die Sicherheit auf den Strassen zu erhöhen und diese zu unterhalten und sinnvoll zu erneuern. Die Gelder aus Gebühren und Abgaben sind dafür einzusetzen. Der Umgang mit Vorschriften und Gebühren ist sorgfältiger und straffer zu kontrollieren. Die stetigen Zunahmen von überhöhten Gebühren, kombiniert mit sehr tiefer Produktion, hinterlassen bei den Bürgerinnen und Bürgern immer grössere Löcher in den Geldbeuteln. Alle staatlich verordneten Abgaben sind auf das absolute Minimum zu reduzieren. Eine Zweckentfremdung oder gar eine Überführung in die allgemeinen Steuermitteln ist zu verhindern; hier sind kritische Kontrollen durchzuführen.

Zum Schluss: Die Mittel sind ohne Umwege an die Stelle zu bringen, wofür sie von uns gesprochen wurden. Alle Umwege sind strikte zu verhindern. Die Kompliziertheit hat System, einfach ist immer günstiger. Kostenbewusst heisst nicht, dass die Aufgaben schlecht oder gar nicht erledigt sein müssen. Nein, hier sind Volksverbundenheit und Kreativität in der Führung verlangt.

*Ueli Keller (SP, Zürich):* Weil wir jetzt dann bald beschliessen, den KEF, dieses dicke blaue Buch, zur Kenntnis genommen zu haben, erlaube ich mir noch einen Hinweis auf einen einzelnen bemerkenswerten Satz aus diesem dicken Buch. Der Hinweis scheint mir richtig, damit Sie später dann «en connaissance des choses», wie es Finanzdirektor Christian Huber so schön formuliert hat, über das Budget befinden

können. Es geht um einen Satz auf Seite 352 in der Mitte, um einen vom Hochbauamt gemeldeten Trend, ich zitiere: «Tendenz zu

vermehrten Gebäudeschäden infolge aufgeschobenen Unterhalts». Lassen Sie sich den Satz auf der Zunge zergehen und denken Sie über den wunderschönen Genitiv am Ende des Satzes nach.

«Tendenz zu vermehrten Gebäudeschäden infolge aufgeschobenen Unterhalts», dieser ungeheuerliche Satz ist bereits zum zweiten Mal im KEF zu lesen. Bisher sind keine Anzeichen erkennbar, dass dieser Trend zum Guten gekehrt wurde. Im Gegenteil lassen die Hinweise von Finanzdirektor Christian Huber auf die Sanierungsmassnahmen 06, mit denen weitere 10 Millionen Franken im Gebäudebereich gespart werden sollen, Schlimmes befürchten. Dieses fatalistische Nichtstun beim Gebäudeunterhalt führt schon auf kurze Frist zu Mehrkosten, nicht zu Einsparungen. Wer beispielsweise den Zustand von Kaserne und Zeughäusern kennt, der weiss, was ich meine. Das ist der Hintergrund für den später zu beratenden Antrag aus der KBP auf Aufstockung beim Globalbudget 8100 des Hochbauamtes. Es geht dabei nicht um Komfortfragen, sondern es geht um Vernunft und Abschätzen von Langfristwirkungen.

*Willy Haderer (SVP, Unterengstringen):* Es ist müssig, uns mit der Budgetbeurteilung von SP und Grünen auseinander zu setzen. Zu fundamental sind wir auseinander in der Beurteilung, was ein Staatsbudget braucht, um vernünftig zu sein und um unsere Bürger und unsere Wirtschaft in diesem Staat eben auch leben zu lassen. Sie erkennen nicht einmal im Ansatz, dass Steuererhöhungen und Ausgabenwachstum – was sie ständig fordern – genau dazu führen, dass diese Wirtschaft nicht mehr vernünftig auf Touren kommen kann.

Leider hat sich die CVP aus dem bürgerlichen Lager abgemeldet. Es ist ja eigentlich nur noch zu empfehlen, ihren Namen in CSP zu ändern und damit die Anlehnung an die SP transparent offen zu legen.

Sehr interessiert habe ich den Worten des Fraktionschefs der FDP, Thomas Isler, zugehört. Ich kann fast alle seiner Aussagen und seine Analyse unterschreiben. Seine Rüge, die Vorgaben der seinerzeitigen Personalgesetzgebung seien durch den Regierungsrat schlecht umgesetzt worden, ist selbstredend; ich unterstütze sie voll. Da hat der Regierungsrat noch einiges nachzuholen. Umso weniger kann ich die Schlussfolgerung seiner Fraktion verstehen, sich hier aus dieser Budgetdebatte abzumelden und das regierungsrätliche Budget so zu unterstützen.

Die heutige Budgetdebatte zeigt insbesondere ein deutliches Versagen dieses Parlaments. Es wäre ein starkes Signal an die Regierung gewesen, wenn wir Beschneidung des Budgets verlangt hätten. Leider ist jetzt durch das Nichtunterstützen der FDP diese Möglichkeit verpasst, obwohl die SVP über ihren Schatten gesprungen ist und zu einer Kompromisslösung bereit gewesen ist, nur ein Teilziel zu erreichen; ein Teilziel, das wir aus der Situation heraus erreichen wollten, dass wir dieses Budget als wirklich ausserordentlich ernst betrachten und die Finanzsituation so nicht weiterfahren lassen können. Die Versprechen der Regierung in den früheren Malen, über den KEF und dann über die Sanierungsmassnahmen Korrekturen einzuführen, sind nicht gehalten worden. Und dort, wo die Regierung es versucht hat, haben wir als Parlament es noch versaut oder nicht zur Kenntnis genommen. Die verbindliche Stellungnahme zum KEF, meine Damen und Herren von der FDP, habe ich seinerzeit schon in der Kommission verlangt. Das Parlament hatte nicht den Mut dazu. Massgeblich war es Ihr früherer Fraktionschef Balz Hösly, der dies mit aller Vehemenz bekämpft hat. Hier hat sich das Parlament eben auch aus seiner Verantwortung abgemeldet. Wenn Sie Ihre Verantwortung wahrnehmen wollen in diesem Rat, dürfen Sie nicht nur Lieferanten von neuen Ausgaben mit immer neuen Aufgaben sein, sondern auch bereit sein, nun endlich strukturell bei den Finanzen Abstriche vorzunehmen; Abstriche, die unserem Kanton Zürich, seinen Bürgern und seiner Wirtschaft eine verbesserte Zukunft ermöglichen.

*Hanspeter Haug (SVP, Weiningen):* An unserem Gespräch über das Budget 2004 mit dem Chef des Tiefbauamtes, Georg Pleisch, im vergangenen Jahr bemängelten wir den nach unserer Meinung allzu perfekten Standard bei der Sanierung und dem Bau von Strassen. Hier orteten wir noch ein beträchtliches Einsparungspotenzial. Die Antworten von Georg Pleisch liessen allerdings unsere diesbezüglichen Hoffnungen zergehen wie die Märzsonne den Schnee. Doch siehe da, bei der diesjährigen Besprechung erfuhren wir, dass das Tiefbauamt im Sinne eines Benchmarks mit sämtlichen anderen Kantonen den Ausbaustandard der Strassen überprüft. Es ist wohl vermessen zu behaupten, unsere Subkommission hätte dies ausgelöst. Es spielt aber auch keine Rolle, letztlich ist ja nur wichtig, dass diese Standards überprüft und daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden. Ende gut, alles gut, möchte

6184

man sagen. Nicht überall. Weniger erfreulich zeigt sich die Situation beim Strassenunterhalt. Hier hat sich der Personalabbau auf



die Sauberkeit entlang der Kantonsstrassen ausgewirkt. Diese Feststellung mache ich vor allem als Gemeinderat und Verantwortlicher für die Abfallentsorgung. Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen mir gegenüber, Sie werden nun sagen, «Ihr habt das ja selbst so gewollt.». Meine Wahrnehmung ist hier etwas differenzierter. Ich frage mich jeweils – vor allem nach einem Gespräch mit den Unterhaltsarbeitern –, ob in den einzelnen Unterhaltsbezirken nicht zu viele Häuptlinge und zu wenig Indianer vorhanden seien. Als ich kürzlich eine Unterhaltsequipe, die vor Ort Strassenränder mähte, darauf aufmerksam machte, dass entlang der gleichen Strasse über eine kürzere Strecke Altpapier liege, und sie bat, dasselbe doch noch zusammenzunehmen, erhielt ich zur Antwort, ich solle doch bitte im Büro anrufen. Dann kribbelte es mich jeweils etwas in den Fingern.

Sparpotenzial hörte ich allerdings noch an einem andern Ort: Vor nicht allzu langer Zeit wurde von einem Mitarbeiter des AWEL, ohne Wissen der Baudirektorin Dorothée Fierz, die Idee der geschlossenen Cheminees in der Presse verbreitet. An Orten, wo solche Bierideen entwickelt werden, ist wahrlich noch Sparpotenzial vorhanden. Solche Mitarbeiter wären wohl beim «Littering» entlang von Kantonsstrassen besser aufgehoben.

Weisen Sie mit uns das vorliegende Budget zurück! Sie tun damit das Richtige.

*Ralf Margreiter (Grüne, Zürich):* Ein Blick auf die Uhr lässt mich darauf verzichten, die sparapostolischen Rhetorikkurse von vis-à-vis zu kontern. Ich wünsche mir eine baldige Abstimmung.

*Arnold Suter (SVP, Kilchberg):* Wie wir heute wieder hören konnten, haben sich unsere bürgerlichen Partner mit uralten bekannten Floskeln aus der Verantwortung gestohlen. Jahr für Jahr die gleichen fadenscheinigen Begründungen und auf der andern Seite Drohgebärden gegen die Regierung, die niemand mehr ernst nimmt. Die Regierung hat denn auch das Umfallen unserer Partner budgetiert. Es besteht nämlich ein gravierender Unterschied zwischen Taten und Theorien. Leider bleiben unsere bürgerlichen Partner immer bei den Theorien, Taten sind ihnen fremd geworden. Um aber etwas zu bewegen, braucht es Taten. Wir hatten unseren bürgerlichen Partnern auch schon Anfang Jahr eine Vor-

6186

lage geliefert, die sie nach eingehender Prüfung im Mai 2004 unterzeichneten, anschliessend zweimal im Rat mit der

absoluten Mehrheit unterstützten und bis Anfang November mittrugen. Jetzt, wo der Budgetprozess vor der Tür steht, haben sie Mut und Kraft verlassen. Ich frage mich schon: Was nützen solche Lippenbekenntnisse, wenn man am Schluss auf der halben Strecke stehen bleibt? Das ist zu vergleichen mit einem Skifahrer, der im Training ansprechende Leistungen erbringt und beim Ernstkampf versagt. (*Heiterkeit.*)

Zum Budget: Der Antrag der absoluten Mehrheit des Kantonsrates ist mit dem Ausgabenplafonds von 10,1 Milliarden Franken klar formuliert und widerspiegelt sich im vorliegenden Gesamtvoranschlag in keiner Weise. Wenn wir jetzt nicht die Notbremse ziehen und an unserer moderaten Forderung festhalten, werden wir bald Zustände wie im benachbarten Deutschland haben. Dort mussten Sozialdemokraten und Grüne weit einschneidendere Massnahmen durchsetzen, als wir zurzeit fordern. Über die Notwendigkeit dieser Massnahmen sind sich heute alle bedeutenden Wirtschaftsexperten von links bis rechts einig. Aber auch bei uns ist das Zeitalter, wo man sich alle Wünsche erfüllen kann, wirklich schon seit geraumer Zeit vorbei. Wir – damit meine ich den Kantonsrat und die Regierung – haben jetzt die finanzpolitische Verantwortung wahrzunehmen, unter der Berücksichtigung, dass der Voranschlag 2004 um 300 Millionen Franken schlechter ausfällt. Was übrigens im KEF nicht berücksichtigt ist: Das Eigenkapital wird bis Ende nächsten Jahres praktisch aufgebraucht sein und auf der andern Seite die Verschuldung auf 6,5 Milliarden Franken ansteigen. Das ist nicht mehr zu verantworten. Und dass wir in den Jahren 2006 und 2008 das Problem nicht einfach mit Steuererhöhungen lösen können, beweist eine Umfrage bei international tätigen Gesellschaften, die den Steuerstandort Schweiz international heute noch auf dem 20. Rang sehen. Trotz zweimaliger Steuersenkung, Dorothee Jaun, im Jahr 2000 um 3 Prozent und im Jahr 2003 um 5 Prozent, ist unsere Steuerquote vom Jahr 2000 bis 2004 um 15 Prozent gestiegen, die Staatsquote um 18 Prozent und die Aufwandquote um 12 Prozent. Ein Haushaltsgleichgewicht kann und darf deshalb nur durch eine Aufwandreduktion erreicht werden, denn im internationalen Vergleich bieten die Binnenländer der erweiterten EU Steuerbelastungen von unter 20 Prozent an und daneben Lohnkosten, die wesentlich tiefer sind als bei uns. Die SVP wird sich deshalb mit aller Kraft gegen Steuererhöhungen einsetzen und im Gegenteil noch Steuersenkungen verlangen, damit der Wirtschaftsstandort Zürich auch in Zukunft eine gute Chance hat.

Unsere Konkurrenz ist nämlich nicht allein die europäische, sondern die asiatische, und dafür müssen wir gerüstet sein.

Ich appelliere deshalb ein letztes Mal an unsere vernünftigen Kreise in diesem Rat: Wenn Sie auf eine Steuererhöhung verzichten wollen, dann müssen Sie jetzt – und zwar jetzt! – die Weichen stellen.

*Ernst Brunner (SVP, Illnau-Effretikon):* Ich fühle mich der Kürze verpflichtet und verzichte auf finanzpolitische Höhenflüge. Da wir aber heute auch vom KEF Kenntnis nehmen, komme ich nicht umhin, auf etwas hinzuweisen, das mir überhaupt nicht gefällt.

Im Anhang 2-18 steht geschrieben, wie sich beim Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) die Unterdeckung in Zukunft entwickeln soll. Im Jahr 2003 haben wir 282 Millionen Franken Defizit zu decken, die Hälfte aus Kantonssteuern, die andere Hälfte aus Gemeindesteuern. Diese Zahl wächst an bis ins Jahr 2008 – immer gemäss KEF – auf 399 Millionen Franken, das sind über 40 Prozent. Ich kann nicht verstehen, weshalb in der Zeit der Aufwandsreduktion der ZVV noch nicht gemerkt hat, dass auch er Mass halten muss. Diese Unterdeckung werden wir bekämpfen. Und wir werden – ich hoffe, mit Ihrer Mithilfe – dafür sorgen, dass diese Sache nicht ins Kraut schießt. Das wäre das eine.

Und dann ist da noch die Sache mit der Fernwärme. Die Fernwärme steht ja jetzt zum letzten Mal im Voranschlag. Hier interessiert uns vor allem der definitive Vertrag zwischen Stadt und Kanton, wie er vom Regierungsrat festgelegt worden ist. Weiter interessiert hier das Inventar über die Fernwärme, vor allem dasjenige über die Kunstgegenstände. Gehen diese auch an die Stadt über? Als wir uns bei der Behandlung des Fernwärmegeschäftes über das Inventar orientieren lassen wollten, wurden wir von Baudirektorin Dorothee Fierz nicht ernst genommen. Kurze Zeit später wurde publik, dass zirka 2500 Kunstwerke verloren gegangen sind. Ich nehme an, dass Baudirektorin Dorothee Fierz in der Zwischenzeit ihre Hausaufgaben gemacht hat und ein ordentliches Inventar besteht. Ich bitte daher Baudirektorin Dorothee Fierz anzuordnen, dass uns dieses zur Verfügung gestellt wird. Da es ja vorhanden ist, sollte es auch möglich sein, uns dieses morgen an die KEVU-Sitzung schicken zu lassen. Wenn wir dieses dann studieren können, können wir am letzten Tag unserer Budgetbehandlung, wenn die Baudirektion dran ist, uns dann auch fundiert zu diesem Thema

äussern. Ich hoffe auf Ihr Verständnis und danke für die Redezeit.

*Lorenz Habicher (SVP, Zürich):* Der Weg zur Besserung beginnt bei der Glaubwürdigkeit. Wort und Unterschrift verschiedener Parlamentarier von CVP und FDP sprechen eine deutliche Sprache. Der Weg für das Parlament kann nur über klare Ziele und Vorgaben führen. Ein dringliches Postulat zeigt diesen Weg. Der Rückweisungsantrag der SVP ist somit nur konsequent in der Sache. Die SP handelt nicht im Interesse des Kantons Zürich. Stefan Feldmann, Wahlkampf heisst, die geeignetste Kandidatur zu unterstützen, und nicht aus taktischen Gründen die Verhinderung eines andern Kandidaten zu fordern. Dorothee Jaun, verfehlte Finanzpolitik wird nicht von den bürgerlichen Parteien betrieben, schauen Sie sich nur das SP-Debakel in Deutschland an! (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite.*) Wollen Sie mit Ihrer Politik dorthin gelangen?

Diskussionsschwerpunkte der CVP- und FDP-Votanten waren Ablenken, Verschleiern, Aufweichen, Verschieben, schlicht Sich-aus-der-Verantwortung-Stehlen, was auch die vielen Absenzen hier begründet.

Ich spreche auch zur Baudirektion und möchte drei Komponenten erwähnen:

Erstens, die politische Führung: Der klare Wille fehlt. Dass die Baudirektion in bürgerlicher Hand ist, kommt nirgends ans Tageslicht. Ihre Aussage beim Strassenbauprogramm, jedes Jahr ein Unding, zeigt klar auf: kein Gesicht, kein Profil und auch kein politisches Gewissen. Mit dem Schwerpunkt Wasserbau und Renaturalisierung könnte diese Direktion auch von jemandem der grünen Splittergruppen geführt werden.

Zweite Komponente, die personelle Führung: Keine Kraft für den nötigen Wechsel! Von einem Personalabbau – davon wird oft und gerne gesprochen, auch gejammert – kann keine Rede sein. Was passiert? Die Fernwärme überführt 22 Mitarbeiter zur Stadt Zürich. Das AWEL lagert sieben Mitarbeiter aus, um sie sofort wieder zu beschäftigen. Die restlichen Positionen können als normale Personalfluktuation in der Verwaltung angesehen werden. Der Ersatz des Kantonsingenieurs Georg Pleisch bildet nur das Pünktchen unter dem Fragezeichen. Eine ordentliche Pensionierung wird mit einer Interimslösung überführt. Das ist keine Lösung. Personal in leitender Funktion scheint keine

andere Aufgabe zu haben, als am Montagnachmittag auf der Tribüne die Sitzbänke zu besetzen.

Zur dritten Komponente, den finanziellen Konsequenzen: Falsche Prioritäten sind gesetzt und es fehlen Konzepte. Mit der Verwaltung von Geldern, mit der Umverteilung von öffentlichen Mitteln ist es noch nicht getan. Die Veräusserung der Fernwärme ist kein Ruhmesblatt, von fehlenden Kunstgegenständen ganz zu schweigen. Im Strassenbau nur abzuwarten, weder zu projektieren noch zu planen, ist keine Finanzpolitik. Beim Strassenunterhalt zudem noch zu sparen und diesen sowie die Entschärfung von Unfallschwerpunkten zurückzustellen, ist in grobem Masse fahrlässig. Georg Pleisch schreibt dazu: «Wir sind froh, wenigstens den Unterhalt und die notdürftigsten Erhaltungsmassnahmen tätigen zu können.»

Nur eine Rückweisung bringt eine Besserung, eine Fokussierung auf die Kernbereiche. Weisen Sie dieses Budget zurück!

*Ratspräsidentin Emy Lalli:* Das Wort als letzter Redner auf meiner Liste hat Lukas Briner, Uster.

*Lukas Briner (FDP, Uster):* Den Letzten beißen wohl die Hunde! Ich möchte eigentlich ein Wort des Dankes an Alfred Heer richten. Er hat liebenswürdige Worte für die FDP gefunden, und es freut uns immer, wenn man über uns spricht. Ich danke auch jenen, welche den Geist unseres früheren Fraktionschefs Balz Hösly im Saale wieder haben aufstehen lassen, Peter Good in positivem Sinn, Willy Haderer kritisch, Hauptsache er war da. (*Heiterkeit.*) Ich danke der SVP auch, dass sie die Wählerschaft in ihrer Publikumszeitschrift an jene erinnert hat, die das Postulat zur Ausgabensenkung mitunterschrieben haben. Ich gehöre auch dazu, auch wenn ich meine Wählerschaft – auch nicht die zahlreiche aus SVP-Kreisen – nie mehr werde bemühen müssen. Ein Postulat ist eben ein Postulat. Mit einem Postulat kann man etwas verlangen und man erhält auch etwas, nämlich einen Bericht. Und genau das haben wir erhalten und diesen Bericht kann man lesen, man kann ihn kritisieren, man kann sich darüber ärgern, aber man kann die Fakten, die darin enthalten sind, nicht einfach in den Wind schlagen. Jedenfalls dann nicht, wenn man freisinnig ist.

Und jetzt wäre ich dankbar, wenn mir Alfred Heer besonders gut zuhört – die andern können weiterplaudern –, es spricht nämlich der Wurmfortsatz zum Blinddarm. (*Heiterkeit.*) Der Blinddarm wäre in

diesem Fall die SP; es tut mir Leid, meine Damen und Herren, die Terminologie – die Fachterminologie – ist von Alfred Heer und nicht von mir. Also, Stefan Feldmann, wo in aller Welt steht denn geschrieben, der Staatshaushalt müsse partout im Umfang des Bruttoinlandproduktes wachsen? Keineswegs, der soll weniger stark wachsen. Aber dann kann er wachsen, wenn nämlich das Inlandprodukt schneller wächst. Und so lange es nicht schneller wächst, sind tatsächlich die Ausgaben des Staates das Problem, und nicht die Einnahmen. Wenn aber die Wirtschaft wieder auf Touren kommen soll, dann brauchen wir eines: Wir brauchen Investitionen; nicht staatliche, sondern private aus dem In- und Ausland. Und gerade hier haben wir an Terrain eingebüsst. Trotz der berühmten Steuersenkungen ist der Durchschnitt besser geworden. Wir sind ins Mittelfeld abgerutscht, und das ist verheerend. Es ist dann verheerend, wenn man es nicht anders kompensiert. Haben wir es kompensiert mit irgendetwas anderem, wo wir besser geworden sind? Nein. Unsere Verkehrsinfrastruktur hinkt hintennach. Unser Luftverkehr ist gar gefährdet durch Initiativen, durch eine Schwächung der Luftgesellschaft und anderes. Wir haben die ältesten Studienabgänger Europas, wir können nicht mehr genügend lesen und so weiter und so fort. Die Zeit läuft mir davon.

Im Ziel sind wir mit Alfred Heer einig, aber der Weg des Heers zum Ziel wäre verheerend, jedenfalls für die Mehrheit von uns. (*Heiterkeit.*) Wenn man ein Haus, welches in diesem Kanton Zürich «Budget» heisst, zu hoch gebaut hat – und ich glaube, wir haben es zu hoch gebaut –, muss man es in der Höhe reduzieren. Wenn man das Hauruck mit Budgetrückweisungen machen will, fehlt am Schluss einfach das Dach und alle sitzen oder stehen im Regen. Mein Freund Max Clerici, der kann das. Der ist aus der Baubranche, ihm traue ich es noch zu und er meint es auch ernst. Ich kann es nicht. Alfred Heer und Willy Haderer, die beiden grossen «H» – ich sage nicht «Haha», ich sage die beiden «H» (*Heiterkeit*) –, haben auch gemeinsam Recht: Das Parlament muss seine Aufgaben, seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen. Wir müssen uns nämlich einig werden, welche Staatstätigkeiten wir reduzieren wollen. Aber gerade darüber haben wir von den zahlreichen Votanten der SVP eigentlich nichts gehört, auch nicht vom lautstärksten Statistiker Europas, Arnold Suter. (*Heiterkeit.*) Und Lorenz Habichers Worte, auf die ich ebenfalls noch kontern wollte, sind leider im allgemeinen Beifall untergegangen.



*Regierungsrat Christian Huber:* Frau Kantonsratspräsidentin, aus der Tatsache, dass Sie mir das Wort erteilen, schliesse ich, dass Sie es mit der Gewaltentrennung als vereinbar erachten, wenn ich für den Regierungsrat noch seine Meinung zum Voranschlag 2005 darlege.

Wer die Zukunft verstehen will, muss die Vergangenheit kennen. Ich beginne deshalb mit einer Rückblende auf die jüngere zürcherische Geschichte der Finanzpolitik.

Die Achtzigerjahre waren durch Ertragsüberschüsse geprägt, die auf die Hochkonjunktur zurückzuführen waren. Ein typisches Kind jener Zeit war die strukturelle Besoldungsrevision 1991. Sie brachte gesetzlich zementierte Mechanismen, die ein ständiges Lohnsummenwachstum unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung garantierten. Hinzu kam ein weiteres Element: Die strukturelle Besoldungsrevision von 1991 beruhte auf dem Bewertungssystem der vereinfachten Funktionsanalyse. Dieses System misst den Kriterien Ausbildung und Erfahrung sowie geistige Anforderungen ein Gewicht von rund 60 Prozent des Gesamtwertes zu. Diese Gewichtung hat zur Folge, dass sich einzelne Personalgruppen eigendynamisch vom Markt entfernen. Wir werden diese Abkoppelung von den Marktgegebenheiten im Rahmen des angekündigten Projektes Lohnrevision zu korrigieren versuchen.

Anfangs der Neunzigerjahre indessen geriet der Zürcher Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht. Zwischen 1991 und 1997 schloss die Laufende Rechnung regelmässig mit hohen Aufwandüberschüssen ab. Von 1991 bis 1995 stagnierte die Wirtschaft, 1991 und 1993 wurde sogar ein reales negatives Wirtschaftswachstum verzeichnet. Um den Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen, wurden damals grosse Anstrengungen unternommen. Mit dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 1992 bis 1996 konnte der mittelfristige Ausgleich nicht erreicht werden. Deshalb entschied sich der Regierungsrat im Februar 1993 mit dem Haushaltssanierungsplan 96 für ein weiteres Sanierungsprogramm. Weil der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung trotzdem immer mehr ausser Reichweite zu geraten drohte, wurde im Spätsommer 1994 der Haushaltssanierungsplan 96 durch das Projekt EFFORT abgelöst, das sich über verschiedene Folgeprogramme bis 2002 hinzog. Schliesslich entschied sich der Regierungsrat im Spätsommer 1997, im Rahmen der Verwaltungsreform *wif!* für eine flächendeckende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜB über die gesamte Verwaltung. Die heutigen Sanierungsprogramme sind also weder neu noch besonders hart. Unsere unmittelbaren

Vorgänger mussten neben zahlreichen kleineren Korrekturmassnahmen vier grosse Sanierungspakete schnüren, bis das finanzielle Gleichgewicht wiederhergestellt war. Auch damals konnten die notwendigen substanziellen Verbesserungen nicht im jährlichen Budget- und Planungsprozess erreicht werden.

Auch dank diesen Sanierungsbemühungen konnten ab 1998 wieder positive Jahresabschlüsse erzielt werden. Wirtschaftswachstum und Börsenboom taten ein Übriges, damit die Steuererträge wieder sprudelten. Die Staatssteuererträge stiegen von 1998 bis 2002 kontinuierlich an, insgesamt um rund 40 Prozent. Die fünf Jahre mit schwarzen Zahlen von 1998 bis 2002 führten zu einem kumulierten Ertragsüberschuss von 1,3 Milliarden Franken. Die Zürcher Staatsfinanzen erholten sich dabei kräftig. Das Eigenkapital konnte geäufnet werden, blieb jedoch 25 Prozent unter dem Stand von 1990, und die Schulden konnten abgebaut werden. In diesen fünf guten Jahren wurde die sparsame und finanzpolitisch verantwortungsvolle Haltung der frühen Neunzigerjahre in den Hintergrund gedrängt. Allerorten wurde nun Nachholbedarf geltend gemacht. So führten steigende Anforderungen und Bedürfnisse von Volk und Parlament sowie Vorgaben seitens des Bundes und der Gerichte zu einem Ausbau von Staatsleistungen. Die Belastung durch die Verbilligung von Krankenkassenprämien beispielsweise hat sich von 2000 bis 2003 praktisch verdoppelt. Dazu hat der Volksentscheid über die Erhöhung der Bezugsquote der Bundesmittel massgeblich beigetragen. Die Lohnsenkung bei den Staatsangestellten ist wieder rückgängig gemacht worden und ganze Berufsgruppen mussten auf gerichtliche Anordnung hin höher eingestuft werden. Zahlreiche neue Stellen in der Verwaltung mussten geschaffen werden oder wurden – insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit – geschaffen. Der Steuerfuss wurde zweimal gesenkt und die Erbschafts- und Schenkungssteuer für direkte Nachkommen abgeschafft. Viele glaubten, sich das alles leisten zu können. 2002 wurde der finanzpolitische Höhenflug jäh, aber nicht ganz unerwartet gebremst. Die Rechnung schloss mit einem Rekorddefizit ab, nachdem bereits ein hoher Aufwandüberschuss hatte budgetiert werden müssen. Der Hauptgrund für den schlechten Jahresabschluss 2003 waren deutlich niedrigere Steuereinnahmen, bei den Staatssteuern für das laufende Jahr wegen des Konjunkturabschwungs und der Steuerfussenkung, bei den Nachträgen für frühere Jahre als Folge der markanten Gewinneinbusse bei den juristischen Personen in den Jahren 2001 und 2002. Rückläufig waren auch die Erträge aus der kantonalen

Quellensteuer, der direkten Bundessteuer sowie auch der Erbschafts- und Schenkungssteuer; Letztere als Folge der Gesetzesrevision von Anfang 2000. Der Aufwand 2002 hat gegenüber 2001 um knapp 100 Millionen Franken oder 1 Prozent – und damit im Rahmen der Teuerung – zugenommen. Real blieb der Aufwand also auf Vorjahresniveau. Gravierend waren die ertragsseitigen Entwicklungen.

Die Lehre für die nächste Zukunft kann nur die Wiederholung einer altbekannten Tatsache sein: Auch der nächste Konjunkturbruch kommt bestimmt. Dies dürfen wir nicht vergessen, auch wenn wir jetzt einigermaßen optimistisch mit einem anhaltenden Konjunkturaufschwung in den Jahren 2005 bis 2008 rechnen und 2006 bis 2008 Steuererträge in die Planung eingestellt haben, die am Ergebnis von 2002 anknüpfen. Nur der Zeitpunkt ist noch nicht bekannt. Er kann noch innerhalb oder knapp ausserhalb der gegenwärtigen Planperiode liegen. Weil der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung 2000 bis 2006 weit verfehlt wurde, startete der Regierungsrat im Dezember 2002 das Sanierungsprogramm 04. Die Sanierungsmassnahmen sind erstmals im Sommer 2003 in den KEF 2005 bis 2007 eingestellt worden. Sie entlasten die Laufende Rechnung in der Planperiode 2004 bis 2007 um insgesamt 2,4 Milliarden Franken. Dank diesen Massnahmen konnte der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung 2000 bis 2007 damals planerisch erreicht werden. Doch war und ist immer noch das Ringen um das Sanierungsprogramm 04. So haben Sie am Sanierungsprogramm 04 Abstriche vorgenommen, ohne Kompensationsmassnahmen auch nur zu diskutieren. Die Volksabstimmung zum Programm 04 im September 2004 wurde zur Zitterpartie. Regierungsrat und Verwaltung kämpfen immer noch um die vollständige Umsetzung des Sanierungsprogramms. Einfach umzusetzende Massnahmen sind abgeschlossen, schwierige und harte Massnahmen müssen erst noch zum Abschluss gebracht und das Sanierungspotenzial muss im geplanten Umfang realisiert werden.

Zum laufenden Jahr 2004: Der Zwischenbericht 2 mit Stichtagsbilanz 31. August 2004, Stand 7. September 2004, rechnet auf Grund der Meldungen der Direktionen mit einem Aufwandüberschuss von rund 300 Millionen Franken. Er wäre somit doppelt so hoch wie budgetiert. Wir haben ursprünglich mit einem noch schlechteren Ergebnis gerechnet und dies auch so kommuniziert. Die Verschlechterung ist vor allem auf erwartete Mindererträge bei den Staatsteuern für frühere Jahre zu-

rückzuführen, die deutlich tiefer ausfallen als budgetiert. Die Steuer-  
sollmeldungen der Gemeinden per Ende Dezember 2004 bestä-

tigen diesen Trend. Die Steuermindererträge können durch andere Minderaufwände und Mehrerträge nur zu einem sehr kleinen Teil kompensiert werden.

Und zum Voranschlag 2005 und dem entsprechenden KEF: Der Regierungsrat hat Ihnen im September den Entwurf zum Voranschlag 2005 unterbreitet mit einem Aufwandüberschuss von rund 550 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung und Nettoinvestitionen von rund 900 Millionen Franken. Der Novemberbrief verbesserte den Saldo der Laufenden Rechnung um rund 70 Millionen Franken und führte im Entwurf zum Voranschlag 2005 somit zu einem Aufwandüberschuss von rund 500 Millionen Franken. Ohne Sanierungsprogramm 04 würde das Defizit 2005 sogar rund 1 Milliarde Franken betragen. Das Investitionsbudget wurde durch den Novemberbrief praktisch nicht verändert. Der Aufwand im Voranschlag 2005 nimmt gegenüber dem Voranschlag 2004 um rund 250 Millionen Franken zu. Zu dieser Aufwandszunahme ist einiges gesagt worden, weshalb sich eine vertiefte Analyse lohnt. Diese Informationen finden Sie übrigens auch in der Antwort des Regierungsrates vom 8. Dezember 2004 auf die Anfrage Rolf André Siegenthaler betreffend exogener Faktoren im Budgetprozess. Ein Fünftel dieser Aufwandszunahme ist auf eine veränderte Verbuchung zurückzuführen. Das Universitätsspital verbucht nämlich die Rückerstattung der Universität für Lehre und Forschung nicht mehr als Minderaufwand, sondern als Ertrag. Dadurch erhöht sich der Aufwand um 50 Millionen Franken, ohne dass sich der Saldo der Laufenden Rechnung oder sonst etwas materiell ändert. Ohne diesen buchhalterischen Mehraufwand steigt der Aufwand im Vergleich zum Voranschlag 2004 um rund 200 Millionen Franken. Mindestens drei Viertel, genau gesagt 77 Prozent, dieser Aufwandszunahme sind auf Faktoren zurückzuführen, die vom Regierungsrat nicht beeinflusst werden können. Bei diesen exogenen Faktoren – und das wissen Sie und es ist auch bereits mehrfach erwähnt worden – handelt es sich vor allem um neue und geänderte Bundesgesetze sowie Aufwandsteigerungen auf Grund bestehender Bundesgesetze, aber auch um Beschlüsse des Kantonsrates wie beispielsweise die Ablehnung von Massnahmen im Sanierungsprogramm 04. Die budgetierten Steuererträge 2005 basieren auf den Zahlen der Rechnung 2003, die ausserordentlich tief ausgefallen sind. Eine Prognose auf der Grundlage von 2003 entsprechend der bisherigen Prognosemethodik fällt tendenziell zu tief aus, wenn angenommen wird, dass die

6198

Steuererträge 2004 keinen weiteren Einbruch mehr erleiden und dass  
konjunkturelle und

nicht etwa strukturelle Gründe zum Minderertrag geführt haben. Der Regierungsrat schätzt die Steuererträge im Voranschlag 2005 deshalb etwas zuversichtlicher ein und hat sie gegenüber dem Ergebnis der üblichen Prognoserechnung leicht erhöht. Wir sind jedoch nach wie vor unsicher, ob die Steuererträge 2004 eintreffen, wie im Zwischenbericht erwartet. Diese Unsicherheit ist mit Bezug auf die Nachträge an Staatssteuern für frühere Jahre zur Gewissheit geworden.

Auch die Aussichten im KEF 2005 bis 2008 geben keinen Anlass zur Euphorie. Trotz grosser Anstrengungen zur Sanierung des Staatshaushaltes im Rahmen des Sanierungsprogramms 04 wird der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung mit einem kumulierten Aufwandüberschuss 2001 bis 2008 von rund 1,5 Milliarden Franken oder durchschnittlich 180 Millionen Franken pro Jahr deutlich verfehlt. Ohne einen erneuten Massnahmenplan wäre ein ausgeglichenes Budget erst 2008 wieder in Griffweite, das Eigenkapital wäre bereits 2007 verzehrt. Ich habe den aktuellen Stand zu diesem Massnahmenplan in meinem Anfangsvotum so detailliert dargelegt, wie dies zum heutigen Zeitpunkt überhaupt möglich ist. Die hohen Nettoinvestitionen in den Planjahren 2005 bis 2008 von jährlich rund 1 Milliarde Franken müssen grösstenteils durch eine zusätzliche Verschuldung finanziert werden. Das Legislaturziel einer Verschuldungszunahme um höchstens 25 Prozent wird klar verfehlt. Der Selbstfinanzierungsgrad in den Planjahren schwankt zwischen ungenügenden 7 bis 63 Prozent. Das sind unbefriedigende Ergebnisse. Die Gründe dafür haben wir Ihnen im Voranschlagsbericht und im KEF ausführlich und transparent dargelegt. Sie haben den Entwurf zum Voranschlag 2005 nun während drei Monaten beraten und sich darüber informiert.

Wie soll man das politisch beurteilen? Ein Dringliches Postulat von SVP, FDP und CVP, von dem heute schon mehrfach anerkennend die Rede war, hat verlangt, dass der Aufwand im Voranschlag 2005 auf höchstens 10,1 Milliarden Franken zu begrenzen sei. Dieser Betrag entspricht dem Ertrag, wie er im KEF 2004 bis 2007 vom September 2003 für das Budgetjahr 2005 ausgewiesen worden ist. Mit dem damaligen Kenntnisstand hätte die Erfüllung des Postulates zu einem ausgeglichenen Voranschlag 2005 geführt. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort vor kurzem dargelegt, dass im Budgetprozess aufwandseitige Verbesserungen im verlangten Ausmass von 300 bis 400 Millionen Franken nicht realisiert werden können. Der Antrag der FIKO mit je

6200

einem Mehrheitsantrag in der Laufenden Rechnung und in der Investitionsrechnung bestätigt unsere Einschätzung. Aber wie schon



erwähnt, ist dieses Unterfangen auch unseren Vorgängern in den Neunzigerjahren nicht gelungen. Als kurzfristige aufwandseitige Verbesserungen sind erstens lineare Kürzungen denkbar. Die vorgeschlagene lineare Lohnkürzung von 3 Prozent stiess bei den politischen Parteien jedoch auf einhellige Ablehnung und hätte hier im Rat keine Mehrheit gefunden. Natürlich hätte der Regierungsrat Budgetkosmetik betreiben können; neudeutsch heisst das «window-dressing». Zum Beispiel hätte er auf die erwähnte Bruttoverbuchung am Universitätsspital verzichten und damit den Aufwand um 50 Millionen Franken verringern können, obwohl er die neue Verbuchungspraxis für richtig hält. Man könnte auch – immer unter dem Titel «window-dressing» – auf dem Papier den Steuerkraftausgleich, die Beiträge an die Sozialversicherungen des Bundes, den Unterhalt der Nationalstrassen und den Übertrag in den ÖV-Fonds reduzieren, die Aufwandssteigerung bei den durchlaufenden Beiträgen und – wie der Kantonsrat letztes Jahr – die Beförderungen nicht budgetieren sowie auf die Sonderabschreibungen Glattalbahn verzichten. Der Regierungsrat lehnt solche Budgetkosmetik ab. Aber auch kurzfristige Massnahmen wie etwa unterschiedlich abgestufte lineare Kürzungen sind zur Haushaltssanierung nicht geeignet. Sie sind erstens nicht nachhaltig und zweitens, weil zwischen das laufende Sanierungsprogramm 04 und das vom Regierungsrat beschlossene Massnahmenpaket Haushaltssanierung 06 hineingeschoben, weder steuerbar noch kontrollierbar. Sanierungsmassnahmen, die nachhaltig wirken und den Staat auf die Zukunft vorbereiten, können nicht kurzfristig innerhalb eines Budgets umgesetzt werden.

Die Dringlicherklärung sowie die Überweisung des Postulates Alfred Heer, Thomas Isler und Lucius Dürr wurde von der Mehrheit dieses Rates unterstützt. Der Regierungsrat versteht das Postulat – ich habe das heute bereits ausgeführt – als Ausdruck der Sorge um den Staatshaushalt. Der Regierungsrat teilt diese Sorge und verfolgt mit seinen Bemühungen zur Entlastung des Staatshaushaltes letztlich dieselben Ziele wie die Postulanten.

Zum Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 06 habe ich mich bereits geäussert. Ich kann das überspringen und komme zu einer Frage, die uns sehr beschäftigt, nämlich das Rating von «Standard & Poors».

Standard and Poors hat unsere bisherige Höchstnote Triple-A im September 2004 erneut bestätigt. Im Bericht dazu ist festgehalten, dass Standard and Poors die rasche Erarbeitung und Umsetzung des Sanie-

rungsprogramms 04 als bedeutendes Zeichen für Zürichs finanzielle Flexibilität deuten. Wörtlich hat Standard and Poors – im Originaltext auf Englisch – geschrieben: «Als sich Ende 2002 abzuzeichnen begann, dass der mittelfristige Haushaltsausgleich gefährdet sein könnte, erarbeitete die kantonale Regierung ein detailliertes Sanierungsprogramm, welches vom Parlament zusammen mit dem Budget 2004 angenommen wurde. Standard & Poors betrachtet die wirksame Umsetzung dieser aufwandreduzierenden und ertragssteigernden Massnahmen als ein wichtiges Zeichen für Zürichs finanzielle Flexibilität.» Der Regierungsrat teilt die Auffassung der Finanzkommission, die in ihrem Bericht Folgendes festhält: «Der KEF 2005 zeigt mit aller Deutlichkeit, dass der Finanzhaushalt des Kantons Zürich mit einer gemeinsamen Anstrengung von Regierung, Parlament, Staatsangestellten und Volk verbessert werden muss.» Der Regierungsrat ist aber ganz entschieden der Auffassung, die gemeinsame Anstrengung könne nicht darin bestehen, dass Sie das Budget mit Vorgaben, von denen wir alle wissen, dass sie weder in quantitativer noch in zeitlicher Hinsicht realisierbar sind, zurückweisen.

Die schwierige Lage, in der sich alle öffentlichen Haushalte befinden, beruht auf Entwicklungen, die schon vor längerer Zeit begonnen haben. Demografische Entwicklung, ungesteuerte Zuwanderung von Menschen aus bildungsfernen Schichten, Fortschritte in den medizinischen Behandlungsmethoden, steigende Ansprüche an den Staat und so weiter. Der Aufwandszuwachs ist, wie der Regierungsrat in der Beantwortung der Anfrage Rolf André Siegenthaler dargelegt hat, zu über 75 Prozent exogen bedingt. Er kann vom Regierungsrat nicht unmittelbar und nicht kurzfristig beeinflusst werden. Der Regierungsrat will mit dem Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 06 die notwendigen Korrekturen einleiten, um den mittelfristigen Haushaltsausgleich zu erreichen. Er ist dabei auf Ihre tatkräftige Mithilfe angewiesen.

Im Namen des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, den Voranschlag 2005 festzulegen und damit einen budgetlosen Zustand zu verhindern.

Zum budgetlosen Zustand Folgendes: Letzten Monat hat uns Standard and Poors wieder besucht, nachdem wir ihnen zuvor den KEF 2005 bis 2008 und den Entwurf zum Budget 2005 zugestellt hatten. Sie besorgten sich auch diesmal wieder Zusatzinformationen für zwei entscheidende Kriterien für ihr Rating: Erstens fragten Standard and Poors nach der Wirtschaftsleistung im Kanton Zürich und nach den

Aussichten der Zürcher Wirtschaft in naher Zukunft. Zweitens wollten sie sich versichern, ob der Kanton Zürich seinen Verpflichtungen nachkommen kann und damit ein zuverlässiges Mitglied des internationalen Finanzsystems sein wird. Daraus zieht der Regierungsrat folgende Schlüsse:

Erstens: Der Kanton Zürich mit einem festgelegten Budget wird besser bewertet als ohne rechtskräftig bewilligtes Budget, weil es unseren Geschäftspartnern und Kreditgebern Sicherheit vermittelt. Ein budgetloser Zustand weist darauf hin, dass die Zürcher Finanzpolitik nicht mehr führbar und nicht mehr steuerbar ist. Dies unterminiert nicht nur das Vertrauen der Kapitalgeber, sondern auch unsere Bemühungen um die Standortförderung.

Zweitens: Die politische Handlungsfähigkeit, wie sie der Regierungsrat mit dem Massnahmenplan 06 mit der Unterstützung dieses Rates wieder unter Beweis stellt, ist für ein hohes Rating so entscheidend, dass ein hoher Aufwandüberschuss im Voranschlag akzeptiert wird.

Und drittens: Ein budgetloser Zustand kann zum Verlust des Triple-A-Ratings führen und damit zu höheren Kapitalbeschaffungskosten. Als Kollateralschaden kann das Triple-A-Rating der Kantonalbank gefährdet sein. Ein Verzicht des Kantonsrates, den Voranschlag festzulegen und dabei dem Regierungsrat keine konkreten und realisierbaren Vorgaben für eine Budgeterarbeitung zu geben, hat direkte negative Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft. Der Kantonsrat würde damit zweifellos auch ein unerwünschtes und konfuses Zeichen in dieser schwierigen Zeit setzen. Wenn wir die finanzpolitische Zukunft aktiv angehen wollen, so müssen wir uns auf die Gestaltung der zukünftigen Entwicklungen konzentrieren.

Im Namen des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, den Voranschlag 2005 festzulegen und damit einen budgetlosen Zustand zu verhindern. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, die Sie mir während 20 Minuten geschenkt haben.

*Ratspräsidentin Emy Lalli:* Wir haben einen Antrag von Alfred Heer, Zürich, auf Rückweisung und ebenfalls einen Antrag auf Namensaufruf. Wir werden zuerst darüber befinden, ob wir Namensaufruf wollen oder nicht. Dazu benötigen wir 30 Stimmen.

*Abstimmung*

**Für den Antrag, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen deutlich mehr als 30 Ratsmitglieder.** Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

*Abstimmung unter Namensaufruf*

Für den Rückweisungsantrag stimmen folgende 66 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Appenzeller John (SVP, Aeugst a.A.); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frehsner-Aebersold Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Frei Heinrich (SVP, Kloten); Ganz Fredy (FDP, Freienstein); Good Peter (SVP, Bauma); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Isler René (SVP, Winterthur); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kern Othmar (SVP, Bülach); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a.A.); Mächler Peter (SVP, Zürich); Manser Emil (SVP, Winterthur); Marty Robert (FDP, Affoltern a.A.); Meier Oliver B. (SVP, Zürich); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Müller Walter (SVP, Pfungen); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Raths Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Siegenthaler-Benz Rolf André (SVP, Zürich); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Walti Beat (FDP, Erlenbach); Weber-Gachnang Theresia (SVP, Uetikon a.S.); Weibel

Katharina (FDP, Seuzach); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Zollikon); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen).

Gegen den Rückweisungsantrag stimmen folgende 101 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Balocco Claudia (SP, Zürich); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Brandenberger Markus (SP, Uetikon am See); Braunschweig-Lütolf Ursula (SP, Winterthur); Briner Lukas (FDP, Uster); Brunner Robert (Grüne, Zürich); Bucher-Steinegger Heidi (Grüne, Zürich); Büchi-Wild Renate (SP, Richterswil); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Bürgi André (SP, Bülach); Burlet Marcel (SP, Regensdorf); Bussmann Barbara (SP, Volketswil); De Mestral Yves (SP, Zürich); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Eugster-Wick Yvonne (CVP, Männedorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Furter Willy (EVP, Zürich); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Gfeller Matthias (Grüne, Winterthur); Golta Raphael (SP, Zürich); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hächler Patrick (CVP, Gossau); Hany Urs (CVP, Niederhasli); Hardegger Thomas (SP, Rümlang); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Holenstein Christoph (CVP, Zürich); Holenstein Weidmann Pia (SP, Affoltern a.A.); Hug Adrian (CVP, Zürich); Isler Thomas (FDP, Rüslikon); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf); Jaun Dorothee (SP, Fällanden); Johner-Gähwiler Brigitta (FDP, Urdorf); Keller Ueli (SP, Zürich); Kull-Benz Katharina (FDP, Zollikon); Kull Martin (SP, Wald); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Laufer Urs (FDP, Zürich); Leuzinger Romana (SP, Zürich); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Maier Thomas (GLP, Dübendorf); Margreiter Ralf (Grüne, Zürich); Mauchle Thea (SP, Zürich); Mendelin Markus (SP, Opfikon); Mittaz Germain (CVP, Dietikon); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller-Jaag Lisette (EVP, Knonau);

Munz Roland (SP, Zürich); Naef Martin (SP, Zürich); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Prelicz-Huber Katharina (Grüne, Zürich); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Schmid Hansruedi (SP, Richterswil); Schmid Peter A. (SP, Zürich); Schneebeli Hanspeter (FDP, Zürich); Schulthess Peter (SP, Stäfa); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Sauter Regine (FDP, Zürich); Serra Jorge (SP, Winterthur); Simioni-Dahm Anita (FDP, Andelfingen); Sprecher Andrea (SP, Zürich); Spring Monika (SP, Zürich); Stünzi Jürg (Grüne, Küssnacht); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Torp Eva (SP, Hedingen); Tremp Johanna (SP, Zürich); Trüb Klingler Marianne (SP, Dättlikon); Vieli-Platzer Natalie (Grüne, Zürich); Vogel Thomas (FDP, Illnau-Effretikon); Volland Bettina (SP, Zürich); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walther Rolf (FDP, Zürich); Weber Peter (Grüne, Wald); Weibel Thomas (GLP, Horgen); Widmer Graf Andrea (FDP, Zürich); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziegler Thomas (EVP, Elgg); Ziltener Erika (SP, Zürich).

Der Stimme enthalten hat sich kein Ratsmitglied.

Abwesend sind folgende 12 Ratsmitglieder:

Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Burger Andreas (SP, Urdorf); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Guex Gaston (FDP, Zollikon); Hatt Ruedi (FDP, Richterswil); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Hildebrand Esther (Grüne, Illnau-Effretikon); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Krebs Cécile (SP, Winterthur); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Schreiber Kurt (EVP, Wädenswil).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Ratsmitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss die Ratspräsidentin.

**Der Kantonsrat lehnt den Rückweisungsantrag mit 101 : 66 Stimmen ab.**

*Ratspräsidentin Emy Lalli:* Damit ist die Grundsatzdebatte erledigt und der Konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan 2005 bis 2008 vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft 8 ist erledigt.

## Verschiedenes

### *Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse*

- **Schuldenberatung und -prävention**  
Postulat *Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich)*
- **Spezialbewilligungen für gehbehinderte Fahrzeuglenker**  
Postulat *John Appenzeller (SVP, Aeugst a.A.)*
- **Senkung der Einbürgerungsgebühren**  
Postulat *Benedikt Gschwind (SP, Zürich)*
- **Unterhaltskostenabzug für selbstgenutztes Wohneigentum**  
Parlamentarische Initiative *Elisabeth Derisiotis-Scherrer (SP, Zollikon)*
- **Verschiebung der zweiten Etappe der Glatttalbahn – ein Segen fürs Budget von Kanton und Gemeinden**  
Interpellation *Adrian Bergmann (SVP, Meilen)*
- **Verzicht auf Herztransplantationen am Universitätsspital Zürich**  
Dringliche Anfrage *Oskar Denzler (FDP, Winterthur)*
- **Umsetzung der BUWAL-Richtlinie Luft (Luftreinhalteung auf Baustellen) im Kanton Zürich**  
Anfrage *Thomas Heiniger (FDP, Adliswil)*
- **90 Tonnen Munition im Zürichsee**  
Anfrage *Eva Torp (SP, Hedingen)*
- **Wäschebesorgung der öffentlichen Spitäler durch die Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)**  
Anfrage *Hanspeter Haug (SVP, Weiningen)*
- **Bauschuttzubereitungsanlagen**  
Anfrage *Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)*
- **Demo in Winterthur 17. November 2004**

6208

*Anfrage Christoph Schürch (SP, Winterthur)*



Schluss der Sitzung: 17.50 Uhr

Zürich, den 13. Dezember 2004

Die Protokollführerin:  
Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 5. Februar  
2005.